

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. -- Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 21. Mai 1910.

14. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Zum Verbandstag. III. — Arbeiterchutz und Sozialdemokratie. — Zum Ausstand in der Granitsteinfabrik Kumpf in Söbäu. — Die Lohnbewegung in Kunkirchen beendet. — Die rechtliche Seite der Bauarbeiterausperrung. — Zur Aussperrung der Bauarbeiter. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Nationale oder internationale Gewerkschaften? — Düttung. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Wirtschaftliche Rundschau. — Die Krankheiten der Steinarbeiter in der Statistik. — Feuilleton: Allgemeine Städtebau-Ausstellung in Berlin. — Die Geschäftslage in der Sandsteinindustrie des 9. Gauces. — Kiefernbetriebe. — Der internationale Pulver- und Dynamitring. — In der Fremde. — Literarisches.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Rückers: Firma Zeidler. — Baugen: Pflastersteinbruch Stiebig. — Ramenz: Granitwert Spaarmann. — Berlin: Kunststeinfabrik Gebrüder Friesede und deren Zwischenunternehmer Bofinger & Glor und Schille & Jüngers.

**Von der Bauarbeiterausperrung** wurden unsere Kollegen in folgenden Zahlstellen betroffen: Langensfeld, Kaiserslautern, Blankenburg, Göttingen, Straßburg, Essen, Nürnberg, Stuttgart, Heilbronn, Braunschweig und Mülhausen (Elsaß).

**Hoh.** Tarifverhandlungen sind im Gange.

**Reuhsa-Brandis.** Die Pflastersteinarbeiter der Firma Bruno Preiser stehen im Streik. Insbesondere weigert sich Herr Preiser, am Kohlenberge die Schmiedelosten zu übernehmen.

**Regensburg.** Die Differenzen im Granitwert Vöhrner sind zu unseren Gunsten erledigt.

**Reinheim.** Mit dem Granitwert Frohmann konnte ein umfangreicher Tarif zum Abschluß gebracht werden.

**Striegau.** Die hiesigen Unternehmer üben gegenüber den Steinarbeitern die reine Tyrannei. Will ein Kollege sein Arbeitsverhältnis lösen, so wird ihm das unmöglich gemacht, weil die Unternehmer gegenseitig keine Leute einstellen. Zugang nach Striegau und Umgebung ist fernzuhalten.

**Essen (Ruhr).** Die Aussperrung ist zu unseren Gunsten beendet. Der Lohn wurde pro Stunde um 5 Pfg. ab 6. Mai erhöht. Insgesamt sind 60 Kollegen an dem Tarif interessiert.

**Köln I.** Die Unternehmer haben am 7. Mai 52 Kollegen (Steinmehlen) ausgesperrt.

**Hohenleuben (Reuß).** Wegen Lohnunterschieden ist die Firma Krebs, Steinbruch Reichenfels, gesperrt.

**Heilbronn.** Die Kollegen der Vereinigten Sandsteinwerke wurden ausgesperrt, weil sie sich weigerten, einen von der Firma unter dem Druck der allgemeinen Bauarbeiterausperrung vorgelegten Unteraktord mit 20 Mk. pro Kubikmeter Durchschnittspreis einzugehen.

**Weinsberg bei Heilbronn.** Der Unternehmer Burret kündigte sämtlichen Arbeitern, angeblich wegen Arbeitsmangel.

**Kiefernfelden.** Hier konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden. Die Marmorfirma Kiefer will Zugeständnisse machen, die jeder Beschreibung spotten. Die Christlichen haben sich, wie es scheint, mit dem Gebotenen zufrieden gegeben. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Reuhsa a. S.** Herr Kapsreiter lehnt jede Unterhandlung ab. Pflastersteinarbeiter mögen dem Betrieb fernbleiben.

**Söbäu.** Bei der Firma Kumpf stehen 42 Kollegen im Ausstand.

**Nordendorf.** Ein Tarifvertrag kam zum Abschluß. Es konnten für alle Berufskategorien kleine Lohnaufbesserungen herausgeholt werden.

**St. Johann.** Die Firma Burger ist gesperrt. Die Behandlung der Arbeiter gegenüber läßt viel zu wünschen übrig. Granitarbeiter mögen Zugang unterlassen.

**Garmberg (Württemberg).** Der Unternehmer Kübler entließ unsere Verbandsmitglieder, um Unorganisierte beschäftigen zu können.

**Kunkirchen.** Mit der Bayerischen Granit-Aktien-Gesellschaft, Sitz Regensburg, konnte ein umfangreicher Lohnvertrag abgeschlossen werden. Die Minimalstundenlöhne der Hilfsarbeiter wurden um 2 Pfg. erhöht; für das Stellen des Werkzeugs und Schärfen desselben zahlt die Firma sechs Prozent vom Verdienst. Das Schiedsgericht für den Bayerischen Wald fand auch hier Anerkennung. Der Vertrag kommt 180 Kollegen zugute. (Siehe Bericht.)

Bei Streiknotizen ist immer anzugeben, welche Firmen bestreift werden und wieviel dabei von uns Verbandsmitglieder in Frage kommen. Redaktion.

**Zürich.** In Bern haben die Unternehmer die Verhandlungen abgebrochen; wie es heißt, sollen deutsche Steinmehlen angeworben werden.

**Rheineck (Schweiz).** Die Marmorfirma Härtlich & Cie. sucht in deutschen Zeitungen Marmoristen und Poliseure. Wir warnen vor Zutug.

## Zum Verbandstag.

III.

Die Anstellung von einigen Lokal- und Bezirksbeamten wird ebenfalls verlangt. Der Verbandstag wird sich hier kaum bewilligungslustig zeigen. Ohne Umschweife sei es gesagt, an Angestellten haben wir jetzt keinen Mangel. Aber unsere Kollegen scheinen teilweise am „Beamtenkoller“ zu leiden, sie denken, daß damit die Mitgliederzahl ungeheuer gesteigert werden könnte. Seit 10 Jahren hat sich im Verbandsverband die Mitgliederzahl verdoppelt, die Zahl der Angestellten stieg von 2 auf 18. Und noch scheinen nicht alle Wünsche befriedigt zu sein. Mit der Anstellung der Lokalbeamten wurde bisher so verfahren: die Hauptkasse leistete einen Jahreszuschuß von 500 Mk., das Gehalt wurde örtlicherseits auf etwa 1400 Mk. festgesetzt. Wenn, in runder Summe ausgedrückt, 400 Mitglieder vorhanden waren, dann hatte jedes Mitglied pro Jahr 2 bis 2.50 Mk. für die Anstellung noch extra zu entrichten. Nun ist 1400 Mk. ein knapper Gehaltsfuß, Zulagen mußten gewährt werden, und das vertugten die örtlichen Kassen nur schwer. Wir täten gut, wenn in Eisenach für die Lokalbeamten eine Gehaltskala festgesetzt würde. Was den Vorstands- und Gaubeamten recht ist, soll für die Lokalbeamten billig sein. Die Qualifikation ist im Grunde genommen ein und dieselbe. Vor etlichen Jahren wurde in Strehlen Kollege Bartha angestellt, mit einem Jahreseinkommen von 980 Mk. B. hat in seiner großen Bescheidenheit diesen Posten bis vor 1 1/2 Jahren bekleidet, die Anstellung wurde dann aufgehoben, sicherlich zum Vorteil für den Stelleninhaber. — Wir können eben in unsern Gebieten nicht mit den Tausenden von Organisierten rechnen, und aus diesen Gründen stehen wir gegenwärtig jeglicher Neuanstellung skeptisch gegenüber. Ein Antrag verlangt, daß die Verbandsbeamten, welche aus der Hauptkasse besoldet werden, ihre Versicherungsbeiträge (für den Berliner Unterstützungsverein) in Zukunft selbst tragen sollen. Wir haben so viel Taktgefühl, uns zu diesem Antrage nicht zu äußern. Aber der Verbandstag würde nur loyal handeln, wenn ein Beschluß zustande käme, daß unsere Lokalbeamten auf Kosten der Hauptkasse der Berliner Vereinigung beitreten könnten. Hoffentlich wird ein Antrag in dieser Richtung gestellt.

Mehrere Anträge verlangen, daß wir uns dem allgemeinen Bauarbeiterverband, welcher am 1. Januar 1911 durch die Verschmelzung der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Kraft tritt, angliedern sollen. Diese Anregung wurde aus Mitgliederkreisen schon öfter gegeben. Leider ist uns eine Begründung darüber nicht zu Ohren gekommen. Wir hätten sie gerne im Blatte veröffentlicht. Die Versammlungsberichte waren eben auf den Grundton gestimmt: „Die andern verschmelzen sich auch.“ Vor zwei Jahren hat der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt in Hamburg sehr zutreffend ausgeführt, daß die Verbände, welche sich verschmelzen wollen, einen gewissen innerlichen Kontakt haben sollen. Nun ist in den letzten Tagen eine gewaltige Fusion vor sich gegangen: Die Transportarbeiter, die Hafnarbeiter und die Seeleute bilden binnen kurzem eine einheitliche, mächtige Organisation. Der berufliche Zusammenhang zwischen Transport- und Hafnarbeiter liegt auf der Hand. Zwischen den Hafnarbeitern und den Seeleuten ist der Konnex schon längst ein inniger gewesen: Hier war die Verschmelzung aus beruflichen und taktischen Gründen notwendig. Der berufliche Zusammenhang konnte dieses Werk aber erst endgültig krönen.

Unter welchen Gesichtspunkten haben die Steinarbeiter die Verschmelzungsfrage zu prüfen? Der Ueberblick halber wollen wir gleich mit etlichen Zahlen operieren. Nach der Gewerbe- und Berufszählung vom 12. Juni 1907 waren in den nachstehenden Berufen beschäftigt bei den:

	Personen	Davon in Zentralverbänden organisiert
Maurern (ohne Zementbau)	491 043	175 019
Steinsehnern, Pflasterern und		
Mphalteuren	81 831	10 956
Stuckateuren	24 864	7 361
Zimmerleuten	175 409	51 119
Steinarbeitern	160 930	17 095

Diese Zusammenstellung haben wir nicht willkürlich gemacht; wir haben das Baugewerbe herausgegriffen, weil wir mit demselben beruflich, anscheinend am meisten tangieren. Die Zimmerer haben nun 175 409 Berufsangehörige, davon sind 51 119 organisiert, die Steinarbeiter zählen auch 160 930 Berufsangehörige, davon sind organisiert im Steinarbeiterverband 17 095. Und in andern Verbänden 3317 = 20 412. Wir können somit noch viele Mitglieder gewinnen. Ungünstiger steht es mit den Steinsehnern und Stuckateuren; die Zahl der Berufsangehörigen ist nicht allzu groß, aber die Zahl der Organisierten kann sich dabei schon sehr gut sehen lassen. Der Steinarbeiter-

verband ist also noch sehr ausbreitungsfähig; bei den Steinsehnern, Stuckateuren und Bildhauern ist das nicht mehr in dem Maße möglich. Schon aus diesem Grunde ist die Verschmelzungsfrage keine brennende bei uns zu nennen.

**Mit welcher Organisation verschmelzen wir uns?**

Doch wohl mit den Maurern, respektiv mit dem allgemeinen Bauarbeiterverband. Wir müssen hier folgendes ausführen: Vor 20 und 30 Jahren und noch viel früher standen sich die Sandsteinmehlen und Maurer beruflich noch näher. Die Steinmehlen und Maurer hatten früher gemeinschaftliche Lokalorganisationen. Das ist genügend bekannt. Die Steinmehlarbeiten wurden meist am Bau selbst hergestellt; ein inniges Zusammenarbeiten mit den Maurern war somit gegeben. Aber heute sind diese einigenden Bande durch die berufliche Entwicklung vollends zerrissen. Der städtische Sandsteinmehl kommt mit den Maurern nur beim Verlegen zusammen, und wie lange wird es dauern, dann wird unsern Kollegen auch diese Beschäftigung noch vollends genommen. — Gewiß, in Nürnberg und einigen andern Orten Süddeutschlands sind mit den Maurern noch mehr Berührungspunkte vorhanden, aber diese Fälle sind nicht typisch, und bei der Erörterung der Verschmelzungsfrage ohne jeglichen Belang. Der sogenannte Keuperstein, welcher in der Umgebung von Nürnberg gewonnen wird, ist so weich, daß er am Bau im verletzten Zustande erst mit den Profilen verlegen werden kann, in Nürnberg also mögen unsere Kollegen noch lose mit den Maurern verbunden sein. — Und in der Kronacher Gegend hat sich auch eine eigenartige Entwicklung vollzogen, wie im „Grundstein“ (Nr. 2, Jahrg. 1906) zu lesen war. Es hieß dort:

In Kronach war es bis in den letzten Jahren Regel, daß jeder Maurer auch zugleich Steinhauer war. Dadurch aber, daß die Bauunternehmer seit einigen Jahren Sandsteinlieferungen nach verschiedenen Orten in Deutschland übernahmen, hat sich die Teilarbeit eingeschlichen. Und so kam es, daß einzelne der früheren Maurer und Steinhauer heute nur noch mehr zu Steinhauerarbeiten verwendet werden.

Wenn wir die taktische Frage ins Auge fassen, so werden wir von den Aktionen der Maurer allerdings auch berührt, und wiederum auch die Sandsteinindustrie in erster Linie. Aber so geht es ja auch den Bautischlern, Bauklempnern, den Steinbildhauern, den Kalk- und Ziegeleiarbeitern usw. Die gesamten 87 798 Steinbrucharbeiter aber werden von den Dispositionen der Maurer, oder, wenn wir schlechthin Bauarbeiter, weniger ungünstig beeinflusst. Aber deshalb, weil zum Beispiel die jetzige Bauarbeiterausperrung etliche hundert Sandsteinmehlen außer Beruf setzt, ist die Verschmelzungsfrage bei uns noch lange nicht aktuell. Wenn wir die Frage so stellen, dann müßte sich die Bergarbeiter, welche durch einen Generalstreik das ganze Wirtschaftsleben teilweise lahmlegen können, mit ziemlich allen Berufsorganisationen verschmelzen. — Eine solche Beweisführung wäre natürlich lächerlich; aber der bloße Hinweis auf den großen Bruder Maurerverband klärt die ausgeworfene Frage an und für sich nicht auf. — Wir können mit dem besten Willen einen Zusammenhang zwischen der Pflastersteinbranche einerseits und dem Maurerberufe andererseits nicht erblicken. Womit wir sagen wollen, daß die Granitindustrie bei einer Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband am allerwenigsten interessiert ist.

Die Verschmelzung mit den Steinsehnern ließe sich eher hören. Aber zwingende Gründe sind auch hierbei noch nicht ausschlaggebend. Zwischen der Sandsteinindustrie und dem Beruf der Pflastersteinsehnern können wir mit dem Mikroskop einen beruflichen Zusammenhang auch nicht erblicken; anders ist es, wenn wir hierbei bloß die Granitindustrie in den Kreis der Betrachtung stellen. Es gibt Gegenden, wo die Steinsehnern im Winter als Pflastersteinmacher tätig sind. Und auf den städtischen Lagerplätzen für Pflastersteine werden die nötigen Nachpuharbeiten zu 90 Prozent von Steinsehnern ausgeführt. — Wenn die Steinsehnern eine allgemeine Aussperrung aufoktroziert bekämen, zweifellos würde die Pflastersteinbranche sehr geschädigt werden. Aber darüber könnte uns eine Verschmelzung auch nicht hinweghelfen. Wir rechnen mit der Möglichkeit, daß bei einer solchen Aussperrung die Pflastersteinindustriellen schnell die Betriebe schließen würden, weil sie dabei ihre Maßnahmen am schnellsten durchsetzen könnten. —

Weil nun in der großen deutschen Steinindustrie die beruflichen Unterschiede sehr groß sind, deshalb ist die Verschmelzung nicht bloß so zu behandeln, wie dabei eine Gruppe wegkommen könnte, sondern es müssen dabei die Gruppen der gesamten Steinindustrie mit in Betracht gezogen werden.

Sicherlich kommt der Einwurf, die christlich organisierten Steinarbeiter sind aber beim Keramarbeiterverband, geht eine solche Organisationsgruppierung nicht bei uns zu machen. Da muß betont werden, daß die Christlichen alles kunterbunt durcheinander werfen, die Macher in Köln befolgten alles, die paar christlich organisierten Steinarbeiter mußten sich in das Anglück eben fügen. Im christlichen Hilfsarbeiterverband waren früher sogar die Zivilmilitär Mitglieder, die Steinarbeiter in Solnhofen sind es heute noch. Der Hinweis auf die Christ-



lichen ist deshalb verfehlt, weil jenen Organisationen kein genügend geläuterter Organisationsplan zugrunde liegt.

Wir haben diese paar Ausführungen über die Verschmelzungsfrage getan, damit in Eisenach für die Debatte eine bestimmte Richtlinie gegeben ist. Nach unserer Meinung werden die Organisationen, die mit dem Bau-gewerbe tangieren, in der Zukunft ein Kartell bilden müssen, in dem die größeren organisatorischen und wirtschaftlichen Fragen eingehend vorbereitet und behandelt werden. Hätte ein solches Kartell bestanden, dann hätten beispielsweise die Dispositionen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beim jetzigen Kampf auch uns dienlicher sein können.

Der diesjährige Verbandstag weist verhältnismäßig eine kleine Besetzung auf; es werden nur 46 Delegierte erscheinen; in Kassel waren 67 anwesend. (Die Gauleiter und Vorstandspersonen sind dabei nicht mit inbegriffen.) Früher entfiel auf 300 Verbandsmitglieder ein Delegierter, jetzt erst auf 400. Die Wahlkreisvergrößerung hat sich nicht besonders bewährt, weil zu viele Zahlstellen, welche räumlich sehr weit auseinanderliegen, zusammen-geworfen werden müssen. In Kassel hatte man eben die Hoffnung, daß sich unsere Mitgliederzahl bedeutend steigern würde, sie hat sich leider nicht erfüllt. — Unter den gewählten Delegierten sind viel neue Männer, die noch auf keinem Verbandstage waren, zu verzeichnen. Von den alten „Parlamentariern“ werden nur erscheinen: Seidel-Dresden, Müller-Striegau und Berg-hauer-Hemsbach. Aber die neuen Männer werden ebenfalls ihre Mandate in gewissenhaftester Weise ausüben, daran zweifelt niemand. Der kleine Kreis von Delegierten bietet die Gewähr, daß in Eisenach recht eifrig debattiert wird. Je größer auf Kongressen die Zahl der Abgeordneten, desto knapper sind die Diskussionen. Wir hoffen, daß gründlich, aber ohne große Weit-schweifigkeit diskutiert wird. Die Delegierten müssen schon längst wissen, zu welcher Materie sie sprechen, und insbesondere, was sie in der Debatte behandeln wollen. Die Debattenreden müssen sich wortartig gehalten sein, große Einleitungs- und Schlußwindungen möge man aus dem Konzept streichen, jeder Satz soll sozusagen eine neue Pointe in sich bergen. Diskussionen in dieser Form wirken immer. Was A. und B. schon ausführten, soll C. nicht noch zu allem Ueberfluß wiederholen, denn es sagt ein Sprichwort: „In der Beschränkung zeigt sich der Meister.“ Die Delegierten haben von den Anträgen und dem Geschäftsbericht hoffentlich eingehend Kenntnis genommen, denn wer auf der Generalversammlung, die doch immerhin schweres Geld kostet, reden will, muß mit den Verhandlungsvorgängen weitmöglichst vertraut sein. Und wenn der eine oder andre Delegierte nicht so redigewandt sein sollte (es werden viele kommen, die reden können wie Demosthenes), so ist das weiter nicht schlimm. Der schlichteste Redner spricht oft mehr zur Sache, als wie derjenige, der in gewandter Weise eine große blinde — Kanonade losläßt. — Verbandstage werden abgehalten, um über das bisher Geleistete kritisch zu urteilen und für die Zukunft sollen Maßnahmen getroffen werden, daß unser Organisationsbau noch solider gestaltet werden kann. Möge insbesondere in der Wartburgstadt das Letztere geschehen. —

#### Der Ort der Tagung.

Die Stadt Eisenach mit ihren 32 000 Einwohnern liegt am Nordwestende des sagenumwobenen Thüringer Waldes. Der Name Eisenach hat in den letzten Monaten einen besonders guten Klang erhalten, weil bei der Reichstagswahl die Antisemiten das Mandat einbüßten und Genosse Leber zum Abgeordneten gewählt wurde. Die Sozialdemokratie hat in diesem Wahlkreise seit zehn Jahren bedeutende Fortschritte gemacht und unter den deutschen Arbeitern herrschte heller Jubel, als die Anhänger des Triole-Schad mit einer solchen Niederlage heimgeschickt werden konnten. Chronologisch wäre folgendes zu bemerken. Eisenach wurde etwa um 1070 durch Ludwig den Springer gegründet und wurde neulateinisch „Fenacum“ genannt. Im Jahre 1150 wurde eine katholische Kirche im spätromanischen Stil erbaut, die allerdings 1887 gründlich renoviert wurde. Die Stadt Eisenach war im Mittelalter Residenz, doch diese höfischen Daten haben wir nicht auszukramen, dafür haben unsere Leser kein Interesse. Zwei Kilometer von Eisenach entfernt liegt, 174 Meter hoch, die Wartburg, worin sich 1521 Martin Luther unter dem Namen „Junker Jörg“ nicht ganz freiwillig einquartierte. Auf dem Wormser Reichstag wurde Luther als „Häretiker“ und „Volksaufwiegler“ verurteilt und in Acht und Bann getan. Der sächsische Kurfürst Friedrich ließ nun Luther auf die Wartburg „entfliehen“. Weder der Papst noch der Kaiser hatten aber die Kraft, den ehemaligen Augustinermönch völlig unschädlich zu machen. Es wäre auch schade gewesen, denn Luther hat mit seinen satzsaftigen Briefen, in denen er in unerhörtester und brutaler Weise den Führern der damals helllauflobernden Bauernbewegung entgegentrat, in treuester Weise die Sache der Volksausplünderer, der Fürsten, vertreten. Nicht unerwähnt möchten wir lassen, daß auf der Wartburg um das Jahr 1207 ein poetischer Wettstreit in mittelhochdeutscher Sprache stattgefunden haben soll. Dieser Gesangs-wettstreit wurde als „Sängerkrieg“ bezeichnet. Es sollen daran teilgenommen haben Heinrich von Ofterdingen, Walther von der Vogelweide, Wolfram von Eschenbach und Reinmar von Zweter. Der Sängerkrieg hatte natürlich nur den Zweck, die „Heldentaten“ der Fürsten in Reime zu kleiden. Die Geschichte weiß nur zu melden, daß ein solcher Wettstreit stattfand, von den Ruhmestaten der damaligen Fürsten ist kein Atom mehr übrig geblieben. Wir überschlagen die weitere Lokal-chronik.

In Eisenach tagte anfangs der siebziger Jahre des verfloffenen Jahrhunderts ein sozialistischer Parteitag. Die deutsche Sozialdemokratie war damals noch gespalten.

Im Jahre 1873 wurde dann von einigen Philanthropen der Verein für Sozialpolitik gegründet, der zwar heute viel von sich hören läßt, dessen Einfluß aber sehr unbedeutend ist. Unsere Delegierten werden von den Eisenacher Kollegen sicher freundschaftlich aufgenommen werden. Möge auch der Verbandstag die auf ihn gesetzten Erwartungen erfüllen.

## Arbeiterschutzes und Sozialdemokratie.

Im Schweiße ihres Angesichts mühen sich von Zeit zu Zeit die Söldlinge der Unternehmerpresse im trauten Verein mit denen der bürgerlichen Presse und den moralisch verwahrlosten Agitatoren des Reichsverbandes zur Befämpfung der Sozialdemokratie ab, um den „armen verführten Arbeitern“ den Nachweis zu erbringen, daß die Sozialdemokratie durchaus kein Recht habe, sich als Arbeiterpartei zu bezeichnen, daß sie im Gegenteil arbeiters-feindlich sei. Auch die christliche Gewerkschaftspresse schämt sich nicht, gelegentlich denselben Unsinn nachzuplappern, besonders dann, wenn es gilt, die christlich organisierten Arbeiter von irgendeinem Verrat ihre Führer abzu-lenken. Obwohl nun durchaus nicht die Gefahr besteht, daß ein vernünftiger Arbeiter auf diesen Unsinn herein-fallen könnte, ist es doch angebracht, uns einmal wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, was die Sozialdemokratie allein auf dem Gebiete des Arbeiters- schutzes für die Arbeiter getan hat.

Der Arbeiterschutzes ist ja heute leider noch auf allen Gebieten durchaus unzulänglich; aber das wenige, was wir heute an Arbeiterschutzes besitzen, haben wir nur dem unablässigen Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken. Schon im Norddeutschen Reichstage versuchte im Jahre 1867 der Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, v. Schweißer, ein Arbeiterschutzesgesetz zur Beratung zu bringen. Er legte einen Entwurf von 47 Para-graphen vor, in denen u. a. der zehnstündige Normal-arbeitstag und das Verbot der Kinderarbeit gefordert wurden. Der Entwurf kam nicht zur Beratung, weil v. Schweißer bei den bürgerlichen Parteien keinerlei Unterstützung fand. Nicht einmal die für die Beratung erforderlichen fünfzehn Unterschriften konnte er auf-bringen, so gering war das Interesse der damaligen „Volksvertreter“ für den Anfang eines wirksamen Ar-beiterschutzes.

Aber die Sozialdemokraten ließen nicht nach. Als im Jahre 1869 die Gewerbeordnung geschaffen wurde, die später auf das Reich übergang, waren es die Sozialdemo-kraten v. Schweißer, Fritzsche, Hasenclever, Liebknecht und Bebel, die versuchten, die Gewerbe-ordnung zugunsten der Arbeiter auszugestalten. Sie forderten u. a. unbeschränkte Koalitionsfreiheit, Normal-arbeitstag, Fabrikinspektoren, Beseitigung der Kinder-arbeit usw. Bebel war es, der damals die Abschaffung der Arbeitsbücher bewirkte und damit die Arbeiter von einer sehr lästigen Schere befreite. Erst im Jahre 1878 wurden die Arbeitsbücher auf Antrag der Konventionen für Arbeiter unter 21 Jahren wieder eingeführt, und 1891 suchte man bei der Schaffung der Gewerbeordnungs-novelle die Bestimmungen über die Arbeitsbücher noch zu verschärfen.

Im Jahre 1877 nahmen die Sozialdemokraten im Reichstage den Kampf um den Arbeiterschutzes wieder auf. Die inzwischen auf zwölf Mann angewachsene Fraktion arbeitete einen Antrag aus, der für erwachsene männ-liche Arbeiter einen Normalarbeitstag von zehn und für weibliche und jugendliche Arbeiter von acht Stunden ver-langte. Ferner wurde gefordert das Verbot der Kinder-, der Nacht- und Sonntagsarbeit und der Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Schonzeit für Schwangere und Wöchnerinnen, Gewerbegerichte und Gewerbeämter (welch letztere gleichmäßig aus Arbeitern und Arbeitgebern zu-sammengesetzt sein sollten), einen Reichsarbeitsinspektor und die Sicherung des Koalitionsrechts. Der Antrag war von Fritzsche und Bebel unterzeichnet, und von Auer, Blos, Braue, Demmler, Hasenclever, Kapell, Liebknecht, Most, Motteler und Rittinghausen unterstützt. Auch diesmal war es den Sozialdemokraten schwer, die drei noch fehlenden Unterschriften aufzubringen. Nach längerem Suchen unterschrieben schließlich der Demokrat Solthof aus Frankfurt a. M., sowie der Däne Krüger und die Zentrumsabgeordneten Kowwurm und Reichensperger. Die letzteren erklärten aber aus-drücklich, sie gäben die Unterschrift nur aus kollegialer Gefälligkeit und wollten mit dem Inhalt des Antrags nichts gemein haben. Man kann daran ersehen, wie stark in damaliger Zeit die Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen den Arbeiterschutzes war. Zwar brachte auch das Zentrum einen Arbeiterschutzesantrag ein, der aber neben einer Reihe inhaltloser Phrasen, wie „Hebung“, „Schutz“ usw. die reaktionären Forderungen auf Einschränkung der Gewerbefreiheit, der Revision des Freizügigkeitsgesetzes usw. enthielt. Mit diesem Antrag, auf den das Zentrum heute noch stolz ist, glaubte diese Partei der Sozialdemokratie zuvorkommen zu können.

Als Fritzsche den sozialdemokratischen Antrag be-gründete, konnten selbst die Redner der bürgerlichen Par-teien nicht umhin, ihr Erstaunen darüber auszusprechen, daß die sozialdemokratische Fraktion eine solche gesetz-geberische Arbeit leisten können. Natürlich wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt; als aber später bei den bürgerlichen Parteien der Wettlauf um den Ar-beiterschutzes begann, wirkte er doch bahnbrechend.

Im Jahre 1884 war die sozialdemokratische Fraktion auf 24 Mann angewachsen; die Zerstückelung der rast-los vorwärtstreibenden Arbeiterpartei durch das Bis-marcksche Ausnahme-gesetz war nicht gelungen. Nun konnte die Fraktion ohne fremde Hilfe ihre Anträge ein-bringen. In einem zweiten großen Arbeiterschutzesantrag forderte sie wieder den zehnstündigen Normalarbeitstag für erwachsene männliche Arbeiter, ferner den achtstün-digen Arbeitstag für jugendliche Arbeiter und Arbeiter unter Tage. Außer den andern Forderungen von 1877 verlangte sie noch die Festsetzung der Minimalhöhe der Löhne durch Arbeitskammern, sowie eine internationale Arbeiterschutzesgesetzgebung. Jetzt bekamen es die bürger-lichen Parteien mit der Angst zu tun, die Bismarcksche Gewaltpolitik gegen die Sozialdemokratie nützte nichts, die „rote Flut“ war im Steigen. Da galt es, durch etwas Zuckerbrot neben der Peitsche das Vertrauen der Arbeiter wieder zurückzuerobern. Das Zentrum war von den christlichen Arbeitern schon vorher gedrängt worden, zu der Frage des Arbeiterschutzes Stellung zu nehmen. Jetzt ging der Wettlauf der bürgerlichen Parteien zur „Ver-besserung des Arbeiterschutzes“ los. Die Konservativen verlangten die Einschränkung der Kinder- und Frauen-arbeit, Stöcker und die Nationalliberalen verlangten Erhebungen über die Arbeitszeit im allgemeinen und die Frauen- und Kinderarbeit im besonderen. Das Zentrum verlangte das Verbot der Sonntagsarbeit und eine „Rege-lung“ der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter, und auch die Freisinnigen, die als Anhänger der Man- chestertheorie eine nennenswerte Arbeiterschutzesgesetzgebung

bis dahin prinzipiell verworfen hatten, waren jetzt plötz-lich „arbeiterschutzesfreundlich“ geworden, weil sie den Ab-fall der Hirsch-Dunderschen Arbeiter von der freisinnigen Fahne fürchten mußten. Im allgemeinen lief aber auch damals noch das Bemühen aller bürgerlichen Parteien darauf hinaus, die Regelung der Frage des Arbeiters- schutzes zu verschleppen. Aus Furcht vor dem An-wachsen der Sozialdemokratie und auf das Drängen der Arbeiter mußte man zwar so tun, als ob man durchaus arbeiterschutzesfreundlich wäre, was man durch die Veranstaltung von „Erhebungen“ und die Phrasen von „Regelung“ usw. zu beweisen suchte. Die Phrasenmacherei ging damals so weit, daß Bismarck nicht mit Unrecht über den „Wett-lauf der bürgerlichen Parteien um die Gunst des armen Mannes“ spotten konnte.

Die Verschleppungstaktik der bürgerlichen Parteien hatte vollen Erfolg. Sämtliche Anträge gingen an eine Kommission, die schließlich dem Plenum eine Vorlage zur — Einschränkung der Sonntagsarbeit vorlegte. Das war alles, was die Kommission aus all den Anträgen heraus-destilliert hatte. Der Entwurf kam dann zwar im Plenum zur Verhandlung; aber zu einem Beschluß kam es auch dann noch nicht.

Als die Sozialdemokraten in der nächsten Session ihren Antrag wieder einbrachten, sah sich das Zentrum ge-zwungen, einen Antrag auf Einführung des elfstündigen Normalarbeitstags einzubringen. Auch jetzt wieder wurde der Antrag der Sozialdemokraten und sogar der des Zentrums abgelehnt. Was zu-stande kam, waren zwei Resolutionen, die die Vermehrung der Fabrikinspektoren und die obligatorische Ein-führung von Gewerbegerichten forderten. Der Bundesrat ließ auch diese Resolutionen unberücksichtigt.

Erst bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeord-nung wurden einige der Forderungen zum Teil erfüllt, die von den Sozialdemokraten schon 1867 und in ver-stärktem Maße 1877 gestellt worden waren. So wurden Vorschriften über die Sonntagsruhe erlassen (von denen der Bundesrat Ausnahmen gestatten konnte), für Ar-beiterinnen über 16 Jahre wurde ein Normalarbeitstag von elf Stunden festgesetzt und die Nachtarbeit verboten; ferner wurde ein Verbot der Fabrikarbeit für volkschul-pflichtige Kinder erlassen und für Wöchnerinnen die Ar-beit eingeschränkt, schließlich wurde die Arbeiterschutzes-gesetzgebung auf einige weitere Betriebe ausgedehnt usw. Die Sozialdemokraten hatten für die Fabriken die Einfüh-rung des zehnstündigen Normalarbeitstags beantragt, an dessen Stelle 1894 der neunstündige und 1898 der acht-stündige Normalarbeitstag treten sollte. Auch die andern Bestimmungen der Novelle suchten die Sozialdemokraten so viel wie möglich zu verbessern und in einem für die Arbeiter günstigen Sinne umzugestalten.

So sehen wir denn, daß die Sozialdemokratie, seit sie im Parlament Sitz und Stimme hat, unablässig zunächst für die Schaffung eines Arbeiterschutzes und später für seine Verbesserung gewirkt hat. Die Sozialdemokratie ist die eigentliche Urheberin der Arbeiterschutzes-gesetze, wie das ja für eine Arbeiterpartei auch nicht anders zu er-warten ist. Nur auf ihre Initiative und auf ihr fort-gesetztes Drängen ist das wenige an Arbeiterschutzes geschaffen worden, dessen sich die deutsche Arbeiterschaft heute zu erfreuen hat, und nur elende Demagogen oder un-wissende Blaspermäuler können heute das Gegenteil behaupten: Dagegen haben sich alle andern Parteien jah-rzehntelang gegen die Schaffung und Verbesserung der Arbeiterschutzes-gesetze getraut. Erst als sie fürchten mußten, durch ihren arbeitersfeindlichen Standpunkt ihre Wählermassen zu verlieren, als die erwachsene Arbeiter-schaft scharenweise der Sozialdemokratie zustrebte, da nahmen sie eine andre Stellung ein, indem sie wenigstens einzelne Forderungen der Arbeiter erfüllten, wenn auch nur recht langsam und widerwillig. Welcher Widerstand bei diesen Parteien zu überwinden war und noch zu über-winden ist, das zeigt am besten die Tatsache, daß wir heute noch keinen gezielten festgelegten allgemeinen Nor-malarbeitstag haben, obwohl gerade er für die Arbeiters- schutzesgesetzgebung die eigentliche Grundlage bilden mußte.

Für die Arbeiter ergibt sich aus dem Verhalten der bürgerlichen Parteien nicht nur die Lehre, daß sie, wenn sie weitere Verbesserungen auf dem Gebiete des Arbeiters- schutzes wollen, diesen nur durch eine kräftige Unter-stützung der Sozialdemokratie erhalten werden, sondern daß sie durch ihre Organisationen selbst unablässig für eine Verbesserung dieses Schutzes kämpfen müssen. Ins-besondere müssen sie auf dem Gebiete des Maximal-arbeitstags und der Verkürzung der Arbeitszeit bahnbrechend wirken. Wenn es den Gewerkschaften gelingt, für den größeren Teil der Arbeiter die Arbeitszeit zu verkürzen, dann werden schließlich auch die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien nicht mehr umhin können, der Schaffung eines allgemeinen Maximalarbeitstags näherzutreten.

## Zum Ausstand in der Granitschleiferei Kumpf in Löbau.

In den Belagerungszustand versetzt war der Löbauer Bahnhof am 14. Mai. War doch ruckbar geworden, daß die Firma Kumpf, bei der die Arbeiter wegen Erzielung eines geregelten Lohnsystems seit Wochen in Streik stehen, einen Transport Kausreißer unterwegs habe. Herr Kumpf hatte zwei Tage vorher mit den Streikenden noch verhandelt; zur Einigung war es jedoch nicht gekommen, weil Kumpf die Anerkennung des Tarifs nach wie vor ablehnte. Nun verneigte er, um Arbeitswillige anzuwerben. Eine Anzahl hier beschäftigter Steinmehlen fand sich am Bahnhof ein. Daß diese richtig vermutet hatten, zeigte sich bald, denn es dauerte nicht lange, da stellte sich ein Verwandter des Herrn Kumpf am Bahnhof zur In-empfangnahme der sehnlichst Erwarteten ein. Nach kurzer Zeit erschienen auch noch drei Polizisten. Unter Führung eines Agenten, der nach Auslagen von Zeugen zwei Stationen vor Löbau seinen Revolver auf seine Gebrauchs-fähigkeit untersucht hatte, traf eine Arbeits-willigenkolonne hier ein, die aus allen Himmelsrichtungen zusammengewürfelt war. Einen Anblick boten die Leute, schämmer, als wenn die galizischen Feldarbeiter mit Bündeln belastet zum Frühjahr auf den verschiedenen Rittergütern ihren Einzug halten. Löbau dürfte denn auch einen so eigenartigen Menschentransport, wie diesen, in seinen Straßen kaum gesehen haben. Voran der Ver-treter Kumpfs, dann die mit Schachteln und dergleichen belasteten Kausreißer, und hinterher drei Polizisten; so ging der Zug vom Bahnhof bis zur Kumpfschen Fabrik,



von Neugierigen betrachtet und verfolgt. Fünf von den Ankommenen erklärten, daß sie unter solchen Umständen auf die Arbeit bei der Firma Kumpf verzichteten, und kehrten vor dem Betriebe wieder um. Mit dem Bemerkten, in Sachsen gibt's Arbeit, wurden sie von einem Arbeitsnachweis in Hamburg mit der Zusicherung von 3.50 Mk. Lohn und freier Verpflegung pro Arbeitstag nach hier dirigiert. Später, wenn sie in Afford arbeiten, könnten sie 5 Mk. und darüber pro Tag verdienen, hatte man den Leuten gesagt. Welche Arbeit sie zu leisten hätten, sagte man ihnen nicht, die Papiere wurden ihnen vom Vermittler abgenommen, desgleichen ließ man sie einen Kontrakt auf bestimmte Zeit unterschreiben. Vergewaltigt man sich nun einmal die Handlungsweise. Den eignen Arbeitern verweigert die Firma die Einführung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Firma bezahlt den Schleifern Stundenlöhne von 22 Pfg., und keine 5-6 Mk. pro Tag. Die Schleifer wollen im Lohn mit 30 Pfg. pro Stunde bezahlt werden, was in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise doch wirklich nicht zu viel ist; an ihre gelernt und eingerichteten Arbeiter bezahlt die Firma das aber nicht. Dagegen an solche, die erst durch hohe Transportkosten herbeigeschafft werden, von der Arbeit keine Ahnung haben, bezahlt Herr Kumpf pro Tag 3.50 Mark und freie Verpflegung. Dazu hat er noch den Agenten mit zu unterhalten, der ebenfalls eine hübsche Summe kostet. Alles das kann aber Herr Kumpf sehr wenig nützen, solange er keine Steinmehle bekommt. Bezahlt er seine Arbeiter, die sich jetzt im Ausstand befinden, so, wie er die Kausreißer bezahlt, dann hat er Leute genug. Er hat dann nicht nötig, wie das am Dienstag der Fall war, vor seinen Betrieb einen Doppelposten zu postieren. Letztere Maßnahme ist jedenfalls zum Schutze unsrer ausständigen Kollegen den Neulingen gegenüber getroffen worden.

## Die Lohnbewegung in Hunkirchen beendet.

Auf des Messers Schneide stand es bei der Bayrischen Granitaktiengesellschaft, ob die Arbeiter nicht gezwungen werden sollten, den Streik zu beschließen. Diese Firma besitzt im Bilstale (Niederbayern) ausgedehnte Granitbrüche, welche ein vorzügliches Pflastersteinmaterial liefern. Die Löhne sind ungenügend, dabei ist die Arbeit recht anstrengend. Die Pflastersteinmacher des Bilstales sind als Qualitätsarbeiter in der deutschen Granitindustrie bekannt. — In Hunkirchen reichten nun vorige Woche 132 Kollegen die Kündigung ein, weil die Zugeständnisse, welche die Firma machte, recht minimal waren. Am 11. Mai leitete nun Wittenmeier abermals Verhandlungen ein, und das Resultat derselben muß als günstig bezeichnet werden. Demnach werden die schmalen Pflastersteine (1. Sorte) im Preise von 6 1/2 auf 7 Pfg. pro Stück erhöht, die Binder von 10 auf 11 Pfg. Bei den Pflastersteinen, Münchner (1. Sorte) wird das Breitenmaß um 1 Zentimeter erniedrigt, was auch als kleine Lohnaufbesserung anzusehen ist. Der Minimalstundenlohn wurde um 2 Pfg. erhöht, und außerdem wird den Steinhauern 6 Prozent vom Arbeitsverdienst für Schmiebung und Werkzeug vergütet (bisher nichts). — Der Minimallohn für Tagelöhner, Abräumer, Bremser, Verladearbeiter und sonstiger Hilfsarbeiter wurde sofort um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Da ferner ein Teil der Arbeiter diesen Minimallohn bereits besitzt, muß für dieses Jahr der Lohn mindestens um einen weiteren Pfennig, und ab 1. April 1911 um einen weiteren Pfennig erhöht werden. Außerdem ist das Schiedsgericht anerkannt, das für den Bayrischen Wald Gültigkeit hat. Der Vertrag kommt für 180 Mann in Betracht und läuft bis 31. März 1912.

In einer Versammlung, die am 13. Mai stattfand, nahmen unsre Kollegen diese Abmachungen gegen 3 Stimmen an. Für die Hilfsarbeiter sind die Errungenschaften allerdings recht bescheiden zu nennen, aber immerhin sind die Löhne dieser Arbeiter nun auch tariflich geregelt, was für die Kollegen im allgemeinen von großem Vorteil sein dürfte. Bemerkenswert ist, daß für die Zahlstelle Hunkirchen nun auch das Schiedsgericht für den Bayrischen Wald zur Geltung kommt. Wir haben somit durch diese Bewegung etwas Einheitliches geschaffen. Besonders wichtig ist, daß die Werkzeugfrage günstig geregelt werden konnte, aber endlich konnten wir unsre Forderung durchdrücken. Wenn die Hilfsarbeiter nicht beim Verhände sein würden, dann hätten die Pflastersteinmacher beim Tarifabschluß sicherlich lange Gesicht gemacht, denn das steht nun einmal fest, daß dann unsre Forderungen auf noch größeren Widerstand gestoßen wären.

## Die rechtliche Seite der Bauarbeiteraussperrung.

Ueber diese wichtige Frage hat der Archivar des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Herr Dr. Georg Baum, Rechtsanwalt am Kammergericht, im „Berliner Tageblatt“ unter obigem Titel eine Abhandlung veröffentlicht, die das weitgehendste Interesse beansprucht. Wir unterbreiten diese interessanten Ausführungen auch unsern Lesern.

Der am 15. April erfolgten allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe haben sich keineswegs alle beteiligten Arbeitgeber mit freudigem Herzen angeschlossen. Viele billigen den wegen Macht- und Prinzipienfragen eröffneten Kampf nicht, halten sich aber zur Beteiligung rechtlich für verpflichtet. In Betracht kommt für diese Arbeitgeber in erster Linie die aus der Mitgliedschaft zu den Arbeitgeberverbänden entstandene Verpflichtung. Ihre Innehaltung soll teilweise durch Hinterlegung von Akzepten gesichert sein, von denen man befürchtet, daß sie in Umlauf gesetzt werden. Man fürchtet auch, daß, was schon teilweise geschehen ist, über Arbeitgeber, die weiterarbeiten lassen, die Materialsperrung verhängt wird, und man glaubt andererseits, materiellen Schaden aus der Aussperrung deshalb nicht befürchten zu brauchen, weil man in die Bauverträge meistens die „Aussperrungsklausel“ hat aufnehmen lassen. Eine Prüfung der Situation vom juristischen Standpunkt dürfte daher um so mehr erwünscht sein, als vielleicht das, was vorweg bemerkt werden mag, den Arbeitgeberverbänden wenig günstige Ergebnisse zu einer Abklärung des wirtschaftlich ungemein bedauerlichen und schädlichen Lohnkampfes beitragen könnte.

Zweifellos sind zumest alle beteiligten Arbeitgeberverbände „Vereinigungen zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ im Sinne der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung. Die Stellung, welche die Gewerbeordnung diesen wirtschaftlichen Kampfvereinigungen gegenüber einnimmt, läßt sich in drei Sätzen zusammenfassen:

1. Die Kampfvereinigungen dürfen nicht verboten werden,
2. irgendwelche Ansprüche aus der Zugehörigkeit zu ihnen können gerichtlich nicht geltend gemacht werden.

3. die Nötigung zum Beitritt oder die Verhinderung des Rücktritts sind strafbar.

Hiernach ist der Austritt aus einem Arbeitgeberverbande, gleichviel, was die Satzungen darüber bestimmen, jederzeit zulässig. Das austretende Mitglied kann in keiner Weise mehr angehalten werden, Beiträge zu zahlen oder sonst irgendwelche durch das Statut oder besondere Vereinbarung übernommene Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Grundzüge hat der erste Zivilsenat des Reichsgerichts bereits in dem Urteil vom 27. November 1901 (Band 50, Seite 28 ff.) gegenüber dem Verein der Baugeschäfte von Berlin und Vororten ausgesprochen. In dem gleichen Urteil hat das Reichsgericht aber auch die Klage aus dem zur Sicherheit beim Verbandsvorstand niedergelegten Depotwechsel abgewiesen, indem es ausdrücklich ausführt, daß auch die für die Richterfüllung der Verbandspflichten versprochene Vertragsstrafe gemäß § 344 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig ist. — Der Arbeitgeberverband kann auch nicht durch Begebung des Wechsels an einen gutgläubigen Dritten die Geltendmachung der Wechselforderung ermöglichen: Abgesehen davon, daß sich wohl schwer eine Personlichkeit finden dürfte, die bei einem solchen von einem Arbeitgeberverband weitergegebenen Wechsel beschwören kann, daß sie den Grund der Wechselhingabe nicht gekannt habe, macht sich derjenige, der einen Wechsel bezieht, um dem Schuldner Einreden abzuschneiden, dem Schuldner Schadenersatzpflichtig. Das Reichsgericht führt in der Entscheidung vom 28. Mai 1902 (Entscheidungen Band 51, Seite 359) auf, daß eine solche Weitergabe wider die guten Sitten verstößt, und daß derjenige, der einen Wechsel zu solchem Zweck weitergibt, dem Akzeptanten den vollen Schaden, das heißt nicht nur die Forderung, sondern eventuell auch die Kosten des gegen den neuen Wechselinhaber geführten Wechselprozesses zu ersetzen hat. Auch aus einer Weitergabe der Depotwechsel würde daher ein Schaden nicht zu befürchten sein, da in vollem Umfange (ohne Zweifel auch für den durch eine etwaige Zwangsvollstreckung entstehenden Schaden) der Arbeitgeberverband und außerdem auch persönlich die den Wechsel begebenden Vorstandsmitglieder haftbar werden. — Das austretende Mitglied kann auch Herausgabe des Depotwechsels und im Wege der einstweiligen Verfügung dessen Hinterlegung verlangen. Hierbei mag noch bemerkt werden, daß nach Ansicht des bekannten Gewerbeordnungskommentars von Landmann die Drohung mit der Weitergabe eines solchen Depotwechsels sogar unter die Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung fällt und demnach mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird.

Ähnliche rechtliche Bedenken stehen auch der Verhängung der Materialsperrung gegenüber. Die Ankündigung, daß man sich an die Baumaterialienlieferanten wenden und sie zur Einstellung der Lieferung an die weiterarbeitenden Bauunternehmer veranlassen werde, stellt sich als eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung dar und ist deshalb strafbar, insofern sie zu dem dort bezeichneten Zweck erfolgt, die Bauunternehmer zum Beitritt an der Aussperrungsabrede oder zum Verbleiben im Arbeitgeberverband zu nötigen. Gleichfalls unter § 153 der Gewerbeordnung fällt aber auch die von einem Arbeitgeberverband mit Baumaterialienhändlern oder Verbänden von solchen tatsächlich getroffene Abrede, daß bestimmten Bauunternehmern keine Baumaterialien mehr geliefert werden sollen. Sie ist als „Verrückterklärung“ anzusehen und daher gleichfalls strafbar, sofern sie dem erwähnten Zweck zu dienen bestimmt ist. Der Strafbestimmung unterfallen in gleicher Weise die an ihr teilnehmenden Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbands wie auch die beteiligten Baumaterialienhändler. Das hat aber gleichzeitig zur Folge, daß die beteiligten Personen dem von der Sperrung betroffenen Arbeitgeber gemäß § 823 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches schadenersatzpflichtig sind, und zwar als Gesamtschuldner. Auf Grund der gleichen Bestimmung steht dem betroffenen Bauunternehmer auch eine Unterlassungsklage auf Aufhebung der Sperrung zu.

Endlich ist aber auch die Aussperrung mindestens sehr zweifelhaft, durch die sich nicht Bauunternehmer zum Beitritt zur Aussperrung veranlassen lassen, daß man durch die Aussperrungsklausel gegenüber dem Bauherrn gedeckt sei. Auch die Aussperrungsklausel (das heißt die Abrede, daß der Bauunternehmer für die durch die Aussperrung entstandene Verzögerung des Baues nicht haftet) erscheint nicht rechtswirksam. Das Reichsgericht hat allerdings gelegentlich einmal einen Vertrag, nach welchem der Bauunternehmer für unverschuldete, durch Witterungseinflüsse, Streiks usw. begründete Lieferverzögerung der Lieferfrist nicht verantwortlich sein sollte, dahin ausgelegt, daß sich eine solche Klausel auch auf einen nach Ausbruch eines Streiks infolge eines Innungsbeschlusses vorgenommene Arbeiteraussperrung bezieht. In eine Prüfung darüber, ob die Gültigkeit der Aussperrungsklausel an sich angefochten werden kann, ist aber damals nicht eingetreten, und zwar wohl deshalb, weil ein dahingehender Einwand seitens der Beteiligten nicht gemacht war. Tatsächlich dürfte die Gültigkeit der Aussperrungsklausel auf Grund des § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches angefochten werden können, monach die Haftung wegen Verzögerung dem Schuldner im voraus nicht erlassen werden kann. Vorlag im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches ist die auf einen bestimmten Erfolg gerichtete Willensbestimmung. Es kommt hierbei nicht darauf an, daß eine bestimmte Handlung gewollt ist, sondern es genügt, daß der Handelnde sich bewußt war, daß sein Handeln einen bestimmten Erfolg, zum Beispiel die Nichterfüllung einer Verpflichtung haben werde. Zweifellos ist nun aber der Arbeitgeber, der seine Arbeiter aussperrt, sich bewußt, daß er infolgedessen seine Arbeiten nicht in vereinbar Weise fertigstellen kann, und er verletzt deshalb vorsätzlich im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches seine Vertragspflicht. Der Arbeitgeber kann sich auch nicht darauf berufen, daß er mit der Aussperrung lediglich eine Verpflichtung dem Arbeitgeberverband gegenüber erfüllt hat, da er, wie oben gezeigt, zur Erfüllung dieser Verpflichtung nicht gezwungen werden und jederzeit aus dem Arbeitgeberverband wieder austreten kann. Der Bauunternehmer kann also, obwohl er die Aussperrungsklausel in den Bauvertrag aufgenommen hat, vom Bauherrn wegen Verzögerung in der Fertigstellung des Baues in Anspruch genommen werden, und die Hoffnung, daß man auf diese Weise gegen wirtschaftliche Nachteile der Aussperrung gesichert sei, steht also auf sehr schwankendem Boden.

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die Bestimmungen der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung, die von den Arbeitern sonst als Schutz der Gewerkschaftsentwicklung bekämpft werden, diesmal im wirtschaftlichen Kampfe zumungunsten der Arbeitgeberverbände verwertet werden können. Vielleicht führt dies dazu, daß sich auch die Kreise, die einer Reform des Koalitionsrechts ablehnend gegenüberstehen, sich mehr mit diesem Gedanken befreunden.

## Zur Aussperrung der Bauarbeiter.

### Sozialdemokratische Interpellationen.

Im sächsischen Landtag brachten die Sozialdemokraten wegen der Aussperrung eine Interpellation ein. Der Minister Graf Bismarck will vermitteln, wenn die Unternehmer und auch die Arbeiter an ihn herantreten. Ein nationalliberaler Redner konnte es sich nicht verkneifen, auf die Arbeiter zu schimpfen.

Am 11. Mai wurde in Karlsruhe eine sozialdemokratische Interpellation zur Aussperrung in der badischen Kammer verhandelt. Die Regierung sollte Rede und Antwort darüber stehen, ob während der Dauer der Bauarbeiteraussperrung die staatlichen Bauten weitergeführt werden sollten. Der Minister v. Marschall erklärte, nur dann solle in dem Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Partei unterstützt werden, wenn es im öffentlichen Interesse liegt. Würden die staatlichen

Bauten nicht rechtzeitig fertig, treffe die badische Regierung in jedem einzelnen Falle die Entscheidung. In Regie könnten die staatlichen Bauten nicht beendet werden wegen der damit verbundenen Rechtsunsicherheiten. Ein anderer Minister erklärte er habe bereits Schritte unternommen, um eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, sie wäre nicht von Erfolg begleitet gewesen; er werde aber in der nächsten Zeit weitere Schritte unternehmen. — In der Debatte wünschten alle Redner, daß der Kampf im Baugewerbe bald beendet sei.

### Das Jasko in Schlesien.

In der Provinz Schlesien geht überall schief. Die Unternehmer wollen die Arbeiterorganisationen zertrümmern und machen ihre eigene zum Spotte der Welt. Von den im Hirschberger Bezirk vorhandenen 381 organisierten Mauern arbeiten jetzt 316, von den 238 organisierten Zimmerern 193, von den 91 organisierten Bauhilfsarbeitern 79. Die Organisierten arbeiten entweder bei Unternehmern, welche nicht oder nur teilweise ausgesperrt haben, oder bei Unternehmern, welche nicht dem Arbeitgeberbund angehören. Ein großer Teil arbeitet auch auf Bauten, die der Bauherr in eigener Regie weiterführt. Zur Aussperrung der Bauarbeiter in Oberschlesien berichtet der Oberbergsche Wanderer:

Aussperrungen sind nur noch in Kattowitz, Jalenze und Laurahütte praktisch vorhanden. In Beuthen ist die Aussperrung auf einem einzigen Bau in Kraft. Sonst wird im ganzen Industriebezirk gearbeitet. Selbst bei den Mitgliedern der in den einzelnen Orten gewählten Revisionskommission der Arbeitgeber wird gearbeitet. Auch die Werke gehen mehr und mehr dazu über, ihre Maurerarbeiten fortsetzen zu lassen. Die beiden großen Arbeiterorganisationen zählen zurzeit in Oberschlesien nur je 200 Unterführte, während über 3000 Bauarbeiter in Oberschlesien in Arbeit stehen.

In Reife hat die Behörde die Einfuhr von Galiziern untersagt, da genug Arbeitslose in der Stadt vorhanden sind. Man ist wohl berechtigt, schon heute den Unternehmern ein fröhliches „Gute Nacht!“ zuzurufen. Ihre große Aktion hat keine guten Chancen mehr.

### Friedensschlüsse.

In Königs-Wusterhausen ist zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und der Maurer-, Zimmerer- und Bauhilfsarbeiterorganisation ein Vertrag abgeschlossen, der bei dreijähriger Dauer dieselbe Lohnerhöhung vorsieht wie der Berliner Vertrag. In den übrigen Bestimmungen gleicht er dem vorherigen Verträge.

In Eberswalde wurde ein Vertrag geschlossen. Die Lohnerhöhung beträgt ebenfalls 5 Pfg., sie tritt wie folgt in Kraft: Am 16. Mai d. J. 2 Pfg., am 1. April 1911 2 Pfg., und am 1. April 1912 der letzte Pfennig. Die Gesellen erhalten eine Zulage von 8 auf 10 Pfg. pro Ueberstunde und die Arbeiter von 5 auf 10 Pfg. Die Zuschläge sind noch in andern Positionen erhöht und die der Arbeiter werden denen der Gesellen gleichgestellt. Die Arbeitszeit ist wöchentlich um eine Stunde verfürzt. Außerdem sind noch kleinere aber wesentliche Verbesserungen gegen den bisherigen Vertrag erreicht.

Die Sommerfelder Unternehmer haben ebenfalls angeschlossen. Mit zwei der bedeutendsten Firmen ist ein Vertrag abgeschlossen, der bei einjähriger Dauer den Stundenlohn um 3 Pfg. erhöht und die Bestimmungen des rein lokalen Vertrages vom Jahre 1908 in Kraft beläßt. Damit kann die Aussperrung für diesen Ort als erledigt betrachtet werden.

Dasselbe trifft für Fürstenberg zu. Auch hier wurde mit der bedeutendsten Firma ein vertragliches Abkommen getroffen, monach der Lohn um 5 Pfg. erhöht wird unter Aufrechterhaltung der übrigen Bedingungen des bisherigen Vertrages.

Im Rette ist der Friede im Baugewerbe durch einen neuen Tarifabschluß wieder hergestellt worden. Die Sperrung ist aufgehoben. Allerdings handelt es sich nur um die dem katholischen Verbands angehörenden Bauhandwerker, die etwa die Hälfte der Aussperrten ausmachen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

### Zum Verbandstag.

Die Verhandlungen des Verbandstages beginnen am Montag, den 23. Mai, früh um 9 Uhr. Die Delegierten mögen es so einrichten, daß sie am Sonntag, den 22. Mai, in Gosenach eintreffen. Das Tagungslokal befindet sich Katharinenstr. 147, Goldener Engel, und ist vom Bahnhof mit der Straßenbahn zu erreichen. Das Lokalkomitee ist von mittags ab im Lokal der Tagung zur Anweisung der Logis für die Delegierten anwesend.

Die Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, in der Zeit vom 22. bis 28. Mai kein Material zu bestellen und nur unausschiebbare Korrespondenzen an Paul Starke, Steinarbeiterverband, Eisenach, Katharinenstraße 147, zu adressieren. Mitteilungen aus den Streiforten, Wochenabrechnung von der Anzahlung usw. sind ebenfalls an die angegebene Adresse zu richten und so abzusenden, daß sie spätestens Donnerstag früh in Händen des Vorstandes sind.

Die Delegierten zum Verbandstag tun gut, die dritte Klasse zu benutzen, und zwar Schnellzüge.

## Korrespondenzen.

Breslau. In den im Laufe dieses Monats abgehaltenen Versammlungen stand hauptsächlich die Stellungnahme zu unsrer Tarifbewegung auf der Tagesordnung. Wie die Leser aus dem Bericht in Nr. 16 des „Steinarbeiter“ erfahren haben, handelt es sich um die Anerkennung des bestehenden Tarifs auf weitere zwei Jahre, was wir aber ablehnten. Während verschiedene Redner für sofortige Niederlegung der Arbeit plädierten, waren die meisten dagegen. Um das Verhalten der letzteren zu verstehen, muß man die eigenartigen Verhältnisse, die hier in Breslau bestehen, in Betracht ziehen. Die hiesigen Unternehmer, mit denen wir zu rechnen haben, sind dieselben wie im benachbarten schlesischen Bruchbitritz. Sie sind also imstande, vor einer voraussichtlichen Lohnbewegung die Konjunktur nach Belieben herunterzuschrauben, indem sie sämtliche Bauarbeit in den Brichen anfertigen lassen. Sie machen es sogar aus finanziellen Gründen auch dann, wenn keine Bewegung in Sicht ist. Also, wie man sieht, ist eine Lohnbewegung, die wir auf Grund der Bauarbeiteraussperrung zu rechnen wollen, in Zeiten guter Konjunktur sehr schwer, viel weniger erst jetzt, da wir mit der Bauarbeiteraussperrung zu rechnen haben. Nur zur Grabsteinbranche. Da liegen die Verhältnisse nicht viel besser. Nicht allein, daß die Grabsteinarbeit zur Fabrikarbeit herabgesunken ist, so daß die Meister die Grabsteine im Notfalle fix und fertig aus der Fabrik beziehen können, kommt in Betracht, sondern hier ist es hauptsächlich die Laubheit der Schriftfäher. In Anbetracht dessen beschloß auch die Versammlung, vorläufig nichts zu unternehmen, wir verhalten uns abwartend. Auch fand dieser Tage hier ein sehr lehrreicher Vortrag eines Spezialisten für Lungenerkrankheiten statt, welcher von der hiesigen Zahlstelle und der Betriebskrankenkasse arrangiert war. Der Versammlungsbesuch war leider recht schlecht.

Erfurt. In der am 13. Mai stattgefundenen Versammlung kamen zunächst Tarifangelegenheiten zur Sprache. Es wurde von allen Seiten Klage geführt, daß in der drei Steinmetzgeschäften nicht nach Tarif bezahlt wird. Die Vereinbarung, die am 8. Februar 1908 vor dem hiesigen Gewerbegericht zu-



stande kam, brachte eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Diese 5 Prozent haben aber bis jetzt nur auf dem Papier gestanden. Dieser Tarif ist nun am 1. März 1910 abgelaufen, er ist von beiden Kontrahenten nicht gekündigt worden. Mittin läuft er bis zum 1. März 1911 weiter. Ferner wurde angeregt, Rechnungen wieder stattfinden zu lassen. In einer außerordentlichen Versammlung am 26. April wurde der Beschluß gefaßt, für die ausgesperrten Bauarbeiter 2 Prozent des verdienten Lohns solange zu erheben, wie die Aussperrung dauert. Weiter wurde das Verhalten des Kollegen Kaufs gebührend gekennzeichnet, indem er den Kollegen Bühler außer Arbeit gebracht. Durch seine Verdrehungskunst konnte er die Versammlung nicht anders überzeugen. Ein Antrag, ihm eine Kugel zu erteilen, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Kollege Stedler fragt an, ob es nicht angängig ist, ein Steinarbeitervergnügen stattfinden zu lassen und den Ueberschuß den ausgesperrten Bauarbeitern zu übergeben. In Anbetracht der ersten Situation wird jetzt Abstand davon genommen. In der nächsten Versammlung sind die Parteimitgliedsbücher mitzubringen.

**Hamburg I.** Unsere Versammlung tagte am 9. Mai. In den Verband wurden 4 Kollegen aufgenommen. Beschlossen wurde, am 14. Mai pro Woche und Mitglied 1 Mk. Extrasteuer zu entrichten zur Unterstützung für die ausgesperrten Bauarbeiter. Die Lohnbewegung der Hildorfer Kollegen ist beendet. Die Tarife sind beim Kassierer unentgeltlich zu haben. Mit Ausnahme von drei Meistern, die nur unorganisierte Steinmetzen beschäftigen, haben sämtliche Firmen die Forderungen bewilligt. Beschlossen wurde, daß die Steinmetzen den Arbeitsnachweis der „Bauhütte“ nicht mehr benutzen dürfen. Die Versammlung nahm einen sehr schönen Verlauf.

**Leipzig.** Die hiesigen Steinarbeiter hielten am 11. Mai eine gut besuchte Versammlung ab. Der Delegierte wurde beauftragt, in Eisenach für die Erwerbslosenunterstützung einzutreten. Kritisiert wurde, daß im Jahresbericht die Stelle über den Leipziger Streik nicht richtig wiedergegeben wurde. Eine dementsprechende Resolution fand Annahme. Den ausgesperrten Bauarbeitern wurde die Sympathie der Versammlung ausgesprochen. Für die Dauer der Aussperrung wurde ein Extrabeitrag von 50 Pfg. pro Woche und Mitglied festgesetzt. Dieser Beitrag wird aber in erster Linie den Kollegen zugute kommen, welche durch die Aussperrung betroffen wurden. Zu berichten ist, daß nicht, wie es im letzten Versammlungsbericht hieß, in der Tarifstreitfrage am Hauptbahnhof beide Kommissionen zugunsten der Kollegen entschieden hätten, sondern richtig ist, daß die kleine Kommission sich auf Seiten der Kollegen stellte. Die dann von den Unternehmern angerufene große Kommission verwarf mit Stimmengleichheit das Urteil der kleinen Kommission. Den Geuer Kollegen, welche es für nötig hielten, die Zahlstelle Leipzig wegen des Protestes gegen die Wahlkreiseinteilung anzurempeln, sei das Studium des Versammlungsberichtes von Leipzig in Nr. 14 des „Steinarbeiter“ empfohlen, aber ohne die sinnentstellende Anmerkung der Redaktion. Sie werden dann hoffentlich der Leipziger Zahlstelle Recht geben, daß sie die ungerechte Wahlkreiseinteilung des Vorstandes durchkreuzte.

**Schwarzenbach a. S.** Am Himmelfahrtstag fand wie alljährlich unser Ausflug statt. Obwohl das Wetter nicht günstig, war die Beteiligung eine sehr große. Die Tour ging über Seubitz, Weißdorf nach Zell, wo wir uns einige Stunden gemütlich mit den dortigen Kollegen unterhielten. Von da ging es auf den Waldstein, wo uns Kollegen von verschiedenen Zahlstellen erwarteten. Mit diesen machten wir uns auf den Weg nach Weissenstadt, wo uns bereitwillig ein Lokal zur Verfügung gestellt wurde. Da wir Müll mitführten, entwickelte sich bald ein fröhliches Treiben. Als wir um 5 Uhr zur Bahn marschierten, waren die Straßen mit einer großen Menge Reuigerer besetzt, wie aber unsere Kapelle den Sozialistenmarsch spielte, verschwand mancher Spieler hinter der Haustür. Nun ging es per Bahn nach Kirchenlamitz, um die dortigen Kollegen aufzusuchen. Da wir dort bereits wieder einen Stamm tüchtiger Mitglieder besaßen, so hoffen wir, im Laufe des Sommers die Zahlstelle wieder hochzubringen. Am 7. Uhr trauteten wir dann wieder unsern heimatischen Penaten zu, wo wir um 9 Uhr mit klingendem Spiel einzogen. Leider beteiligte sich nicht ein Kollege von dem nahen Förbau an dem Ausflug.

**Zwingersberg.** Am 8. Mai fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde stark gerügt, daß es die meisten der auswärtigen Kollegen trotz genügender Bekanntmachung nicht für nötig fanden, die Versammlung zu besuchen. Kollege Sarfert referierte über: Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Er führte in seinem 1 1/2 stündigen Referat sehr treffend aus, daß es nur die Sozialdemokratie ist, die in den Parlamenten für die Arbeiterschaft eintritt. Weiter schilderte er ausführlich, wie den Arbeitern durch die indirekten Steuern die Lebensmittel verteuert werden. Sarfert legte den Kollegen ans Herz, die Gewerkschafts- sowie die Parteiorganisation nach Möglichkeit zu unterstützen. Es wurde der Beschluß gefaßt, jährlich pro Mitglied 20 Pfg. dem Mafseierfonds zuzuführen. Ferner wurde den ausgesperrten Bauarbeitern unsere volle Sympathie ausgesprochen und den Kollegen anheim gegeben, von den zirkulierenden Sammelstellen recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die Beteiligung unserer Zahlstelle am Parteifest zu Heppenheim am 29. Mai wurde zugesagt. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

## Rundschau.

Der 8. internationale sozialistische Kongress findet vom 28. August bis 3. September in Kopenhagen statt. Auf der Tagesordnung steht auch die Frage der Arbeitslosigkeit.

**Steinbedarf.** Folgende Submissionen seien bekannt gegeben: Bruchsal: 60 Kubikmeter Werksteine zum Schulhausneubau in Itlingen; Feuerbach: Kunststeinlieferungen zum Neubau des Proviantamtes; Mannheim: Steinmearbeiten zum Gaswerk Ruzenberg; Eisen: Granittreppe für die Kirche in Steele; Harburg: 600 Kubikmeter Granitkopfsteine; Graudenz: 2400 Quadratmeter Granitpflastersteine; Bremen: 1700 Quadratmeter Pflastersteine dritter Sorte; Frankfurt a. M.: Steinmearbeiten aus Muschelkalk oder Trachytuff für eine Bürgerschule (Trachytuff wird in Zukunft das Konkurrenzmaterial des Muschelkalks. Red. d. „Steinarb.“); Hannover: 150 Kubikmeter Werksteinverblendung für eine Bahnunterführung; Weissenburg i. B.: Sandsteinmearbeiten für den Schlachthausneubau; Köln a. Rh.: 9000 Quadratmeter Pflastersteine; Boppen: Für 123 000 Mark Pflastersteine; Sagan: Für 24 600 Mark Pflastersteine; Regensburg: Für 100 000 Mark Pflastersteine.

Der Streik der Leipziger Bildhauer ist vorige Woche beendet worden. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf sieben Stunden festgesetzt, Akkordarbeit ist ausgeschlossen. Die Bildhauer, welche die Figuren zum Bäckerschlachtdenkmal herstellen, haben bedauerlicherweise einen Sondervertrag abgeschlossen.

**Neuer Gewerkschaftsverband.** Für das Königreich Sachsen hat der Steinmetzmeisterverband eine Bezirksorganisation geschaffen. In die Leitung sind gewählt die Herren Günther-Leipzig, Würdiger-Pirna, John-Leipzig, Spitzbarth-Dresden und Hantusch-Sohland. Die Unternehmer bauen also auch heute ihren Verband aus.

Eine große Kunststeinfabrik wurde in Lehe gegründet. Das Aktienkapital beträgt 100 000 Mark.

Bedeutung der deutschen Steinindustrie. Welche Gesamtlohnsumme wird für unsere Kollegen alljährlich zur Auszahlung

gebracht? lautet sehr oft die Frage unserer Leser. Darüber gibt der Geschäftsbericht der Steinbruchs-Vereinsgenossenschaft Auskunft. In der Steinindustrie wurden anrechnungspflichtige Löhne gezahlt:

1896	92 601 233 Mk.
1901	130 590 934 "
1905	151 676 568 "
1907	184 584 321 "
1909	170 611 272 "

Diese Zahlen zeigen uns, welche Ausbreitung die Steinindustrie in den letzten vierzehn Jahren genommen hat.

Ein mächtiges Defizit weist die Kaisersteinbruch-A.-G. in Köln. Am 22. Mai findet die Generalversammlung der Gesellschaft statt. Den Aktionären soll Mitteilung gemacht werden, daß von den 900 000 Mk. Aktienkapital etwa 450 000 Mk. eingebüßt wurden. Auch die Liquidation der Gesellschaft soll ins Auge gefaßt werden. Was ist nun schuld an diesem mißlichen Stande? Als sich die Firma immer mehr erweiterte, kam für die Steinindustrie im allgemeinen eine ungünstige Geschäftsperiode. Die Geschäftsleitung scheint mit den Internas der Steinindustrie ebenfalls nicht genügend vertraut gewesen zu sein. Und dann kam die Dezentralisation der Betriebe hinzu. Im Westen und im Süden Deutschlands wurden Steinbruchs- und Steinweggeschäfte errichtet. Aber die Aufträge gingen nicht genügend ein, und bei den Submissionsofferten hatte die Firma anscheinend nicht immer die glücklichste Hand. Die Werkverwaltung wurde in den letzten Jahren mit ihren Dispositionen sehr nervös, wie aus einigen Maßnahmen hervorgeht. Im Jahre 1905 wurde das Aktienkapital von 1 Million auf 600 000 Mark herabgesetzt; ein Jahr später wurde dasselbe auf 900 000 Mk. erhöht. Im Jahre 1907 ergab sich ein Verlust von 165 727 Mk., der sich bis jetzt auf ungefähr 450 000 Mk. erhöht haben dürfte. Die hohen Arbeitslöhne sind nicht schuld an dieser Misere, das möchten wir ausdrücklich betonen.

**Die Stadtväter wollen keinen Granit!** In der Stadt Wilmersdorf bei Berlin werden große Straßenregulierungen vorgenommen. Die Straßendecke wird nur aus Asphalt hergestellt; das wird die nette Summe von 422 000 Mark erheischen.

**Submissionswesen.** Für die Steinmearbeiten zum Neubau der Kirche in Friedlar wurden folgende Offerten abgegeben:

Krädel, Kaiserslautern	5476.95 Mk.
Schulz, Hersfeld	6279.30 "
Adelmann, Wertheim	6767.69 "
Schäfer, Pünfeld	8058.44 "

Die Preisschwankungen sind recht bedeutend.

Ist das möglich? Die Submission der Bismarckleitung für den neuen Karlsruher Bahnhof ergab als höchstes Angebot 15 248 Mk. Das nächstfolgende stellt sich auf 8998 Mk., das niederste auf 2556.70 Mk.!

In Thessalien (Griechenland) sollen größere Lithographie-steinbrüche aufgeschlossen werden. Wie aber der „Steinbildhauer“ mitteilt, muß es sehr bezweifelt werden, ob dem Solnhofener Lithographiestein dadurch ein Konkurrenzmaterial entsteht. Die Herren Griechen wollen wahrscheinlich mit deutschem Gelde ihre Industrie etwas in Schwung bringen.

## Rationale oder internationale Gewerkschaften?

Die Schädigung der tschechischen Arbeiterschaft durch die Gewerkschaftszersplitterung, wie sie die offizielle tschechische Sozialdemokratie betreibt, wird im neuesten Heft der wissenschaftlichen Monatschrift unserer deutsch-österreichischen Genossen, im „Kampf“ eingehend dargelegt. Dem Artikel des Genossen Dr. Adolf Braun entnehmen wir die wichtigsten Ausführungen dem Sinne nach.

Mit der kapitalistischen Entwicklung ist aufs engste verknüpft das Streben nach Vereinheitlichung, nach Ausgliederung und Zentralisation. Selbst das so chauvinistische Unternehmertum in Oesterreich stellt sofort die nationalen Gegensätze zurück, wenn es gegen die Arbeiter geht. Die tschechischen Separatisten führen die nationale Trennung ein, in einer Zeit, wo die Riesenkämpfe in Schweden und nun in Deutschland auch dem Blinden die riesige Verschärfung der Klassengegensätze und der Absichten des Scharfmachtentums lehren müßten — Tendenzen, die auch in Oesterreich sehr weit vorgeschritten sind und die sich in den Blockbildungen in und außerhalb des Parlaments auch jenen zeigen, die nicht in das Treiben der Arbeit „gebor“organisationen hineinzuwühlen vermögen. Doch Nationalökonomie und wirtschaftspolitische Erwägungen treten für die Separatisten weit zurück gegen die Hoffnung, den Tschechischradikalen Abbruch zu tun, indem man ihre Agitationsmethoden imitiert. Dabei aber ist die Zahl gerade der als nationale Minderheiten in deutschen Industriegebieten lebenden tschechischen Arbeiter stets wachsend, und sie wird bei dem agrarischen Charakter des Tschechenlandes kaum niedriger sein, als die der kompakt beisammen wohnenden tschechischen Industriearbeiter.

Die Zersplitterung der Gewerkschaften ist eine Prämie auf den Indifferenzismus. Es gibt gar keine bessere Aussicht für die Driebeberger, als: „Ihr seid ja selbst nicht einig, welcher Verband der rechte ist!“

Die Zersplitterung vermindert die Zahl der Ortsverwaltungen, engt dadurch die Freizügigkeit der Arbeiter ein, was ihre Widerstandskraft gegenüber dem Unternehmertum natürlich vermindert. Genau so, wie die Trennung der verschieden sprechenden Arbeiter des gleichen Betriebs in verschiedenen, nach Lage der Dinge gar nicht befreundete Organisationen. Gerade die innerstaatlichen proletarischen Wanderungen sind in Oesterreich kolossal.

Die Zersplitterung schließt einheitlichen Kampfwillen und einheitliche Methoden aus oder erschwert ganz gewaltig ihr Zustandekommen. Sie ist der strikte Gegensatz zu der als notwendig von allen modernen Gewerkschaften erkannten Bildung großer Industrieverbände und der Betriebsorganisation, die alle Grenzfreizügigkeiten ausschließt.

Woh ein mittelständiges Lächeln wird es bei deutschen Arbeitern erregen, wenn sich die Separatisten zur „theoretischen“ Rechtfertigung ihrer Forderung nach territorialer Ferreißung der Verbände (obgleich die Arbeiterschaft national überhaupt nicht und schon gar nicht territorial abgegrenzt ist) darauf berufen, daß einzelne deutsche Zentralverbände ihren Sitz nicht in Berlin, sondern in Stuttgart, Hamburg, Nürnberg haben! Von der Ausrottung allen Partikularismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die Erkenntnis der Proletarier selbst sprechen wir vorfichtshalber nicht.

Auch die notwendigen Folgen des Separatismus für die Stellung in der Internationale vergessen die Leute offenbar ganz. Wohin man auch blickt, überall kann diese Zersplitterungstätigkeit nur als in des Kapitals Interesse wirkend erscheinen.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 9. bis mit 14. Mai 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranen- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Elmshorn, B. 6.40.	Aumund, B. 1.05.	Malchin, B. 2.20.
Stargard, B. 3.40.	Borgentreich, B. 2.75.	Groß-Auheim, B. 2.00.
Stendal, B. 5.45.	Wunstorf, B. 14.85.	Steinwiesen, B. 4.60.
Schmöln, B. 5.—.	Arnstadt, B. 11.—.	Verlebed, B. 7.80.
Meerane, B. 4.55.	Ziegenhain, B. 7.80.	Rüben, B. 2.40.
Spandau, B. 2.20.	Sangerhausen, B. 1.60.	Spitzkunnersdorf, Ins. 15.—.
Wesjelburg, B. 64.—.	K. 30.—.	Sträßburg, B. 480.—.
K. 31.25.	Heidelberg, B. 18.40.	K. 4.10.
Häslacht, B. 588.—.	Div. 2.40.	

Gohmannsdorf, 50.60.	K. 2.40.	Bremte, B. 29.40.	K. 16.60.
Bochum, B. 23.—.	K. 4.—.	Munkirchen, B. 114.—.	K. 26.—.
Wesha, B. 23.—.	E. 0.25.	K. 0.60.	Gerbach (Baden), E. 5.50.
Gotha, B. 80.04.	K. 13.05.	Heilbronn, B. 27.72.	E. 14.50.
K. 71.40.	M. 5.50.	Wolgast, Ins. 1.20.	Hannover, Ins. 1.—.
Zerbst, B. 14.80.	Salabrunn, B. 7.10.	Rheinsberg, B. 4.95.	Beipfe, B. 2.70.
König, B. 4.05.	Siederode, B. 4.10.	Hafferode, B. 322.—.	K. 21.—.
München, B. 13.80.	K. 0.70.	München, ? 40.—.	Würzburg, B. 138.—.
K. 10.—.	Wirges, B. 33.58.	E. 0.50.	K. 3.80.
Zwingersberg, B. 84.—.	Dittelsdorf, B. 15.40.	Guigl, K. 1.40.	Jerichow, B. 1.60.
Stuttgart, B. 168.—.	Gommern, B. 760.—.	Duisburg, B. 46.—.	K. 8.—.
Dossenheim, K. 6.75.	Berneck, B. 209.55.	Göffenheim, B. 10.50.	E. 0.50.
K. 2.50.			

Rudwig Geist, Kassierer.

## Adressen-Hendierungen.

Ehendorf. Kass.: Wilhelm Rothfahn, Dahlenwarsleben bei Meitzendorf.

## Briefkasten.

G. Darüber geben wir keine Auskunft. — T. Wir können das Buch des Genossen Hermann Müller: Die Rechtsprechung in Unfallrenten-Streitigkeiten, nur bestens empfehlen. — B. Kollege Franz Wirtner in Friedberg Nr. 17 (Oesterreich-Schlesien) wird Dir gern Auskunft geben. — Fichtelgebirge. Wir kommen bald darauf zurück.

Druckfehlerberichtigung. In der Einwendung aus Nr. 17 (siehe letzte Nummer) muß es heißen: „Beim Striegauer Streik im Jahre 1901 wurde eine Extrasteuer ausgeschrieben.“ Im Bericht heißt es 1910; das ist natürlich falsch.

## Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Auf höhere Stellen in der Praxis

bereiten die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld vor: **Steinmetzmeister, Strassenbautechn., Polier, Bautechn.** Glänzende Erlolge. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen. **Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.**



# Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk  
**Aue (Erzgeb.)**  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende  
**gratis.**  
Lieferung sofort!

**Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte**  
**Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine**  
**Werkzeuge und Werkzeugstahl**

empfehlen zu billigen Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.  
Preisliste gratis und franko.

**Schürzen** Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadets, Leder- und Buchstinstoffen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.**



# Heinrich Tauch

Spitzkunnersdorf (Sachsen)  
empfehlen den Steinarbeitern seine bewährten  
**Double-Leder-Hosen**  
in weiß, Silbergrau und Braun, nur Prima-Ware, jede Hose 5 Mk. frei ins Haus. Angabe von Schrittlänge und Bundweite genügt für guten Sitz. — Eigene Fabrikation. — Muster franko. — Lobende Anerkennungen.

**Tüchtige Pflasterer**  
für dauernde Arbeit nach **Waldenbach** (Odenw.) sof. gesucht.  
**Odenwald-Granitwerk G. m. b. H.**  
Weinheim an der Bergstrasse.

## Gestorben.

In Breslau am 7. Mai der Kollege Valentin Schwiers, 31 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Gbeweiler am 11. Mai der Kollege Eduard Rissen, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Gommern am 7. Mai der Kollege Friedrich Heiß, 53 Jahre alt, an Lungenemphysem.  
In Ramenz am 4. Mai der Kollege Hermann Fehner, 41 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.  
In Wülhausen (Elsaß) am 8. Mai der Kollege Ludwig Zipp, 38 Jahre alt, an Lungenemphysem.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengellschaft.



## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Abschwächung auf dem Kohlenmarkt. — Amerikanisches und deutsches Eisengewerbe. — Aussperrung und Bautätigkeit.

Die Abschwächung auf dem internationalen Kohlen- und Eisenmarkt bildet augenblicklich ein beliebtes Thema, um daran Befürchtungen wegen der weiteren Gestaltung der Konjunktur zu knüpfen. Soweit der Kohlenmarkt in Frage kommt, ist Deutschland an der Abschwächung sichtlich beteiligt. Denn die Förderung im März ist nicht nur bei Steinkohle, sondern auch bei Braunkohle hinter der entsprechenden Menge des Vorjahres zurückgeblieben. Bis Ende Februar war noch ein Plus gegen 1909 vorhanden. Es betrug die Förderung von Stein- und Braunkohle zusammen in den beiden ersten Monaten dieses Jahres 35 013 378 Tonnen gegen 34 454 313 Tonnen im Vorjahre. Im März 1910 wurden aber nur 17 504 907 Tonnen gefördert gegen 18 839 477 Tonnen im März 1909. Der Ausfall ist so groß, daß die Gesamtförderung des ersten Quartals mit einem Minus schließt. Denn die Quartalsförderung stellt sich für dieses Jahr nur auf 52 518 285 Tonnen gegen 53 293 790 Tonnen im Vorjahre. Die geringere Förderung im März dieses Jahres ist zu einem Teil auf den Umstand zurückzuführen, daß wegen des frühzeitigen Osterfestes der diesjährige März 1/4 Arbeitstage weniger hat als der März 1909. Aber wenn man auch diesen Umstand berücksichtigt, so bleibt trotzdem ein Minus gegenüber dem Vorjahr, da die arbeitstätige Förderleistung sich dieses Jahr nur auf 700 196 Tonnen stellte gegen 717 694 im letzten Jahre. Man braucht aber wegen dieses Rückganges der Förderung, die zwar für den Arbeitsmarkt im Kohlenbergbau sehr bedauerlich ist, die gewerbliche Lage nicht gleich als ungünstig zu charakterisieren, indem man aus dem Rückgang auf einen geringeren Kohlenverbrauch der Industrie schließt. Die Notwendigkeit, die Förderung zu vermindern, ergibt sich vielmehr sehr natürlich aus der Einwirkung des milden Winters auf den Verbrauch von Hausbrandkohle. Das Quantum Kohle, das für Hausbrandzwecke benötigt wird, ist ganz erheblich und wird in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum verfeuert. Man kann den Verbrauch an Kohle, der zur Heizung der Wohnungen dient, auf mindestens 32 bis 35 Millionen Tonnen schätzen, die in der Zeit von November bis März verbraucht werden. Im Durchschnitt kommen auf einen Monat 6 bis 7 Millionen Tonnen. Das macht für drei Monate zirka rund 20 Millionen Tonnen. Wenn nun in einem Winter infolge warmer Witterung nur 10 Prozent weniger verbraucht werden, so entfällt ein Ausfall von rund 2 Millionen Tonnen, der sich auf dem Kohlenmarkt recht fühlbar äußern muß. Die gegenwärtige Abschwächung am deutschen Kohlenmarkt ist daher eine Erscheinung, die keinen Schluß auf den allgemeinen gewerblichen Geschäftsgang gestattet.

Verschieden von der Lage des Kohlenmarktes ist das Bild, welches die Eisenindustrie zurzeit bietet. Als im Vorjahre in den Vereinigten Staaten von Amerika die Roheisengewinnung ebenso stark forciert wurde, wie sie bei dem gewerblichen Rückgang im Jahre 1907 ganz plötzlich eingeschränkt wurde, als in Amerika die Preise auf dem Eisenmarkt eine ganz ungewöhnliche Höhe durchmachten, da konnte man sehr bald erkennen, daß der scharfe Auftrieb nicht in einem richtigen Verhältnis zu dem Grade der wirtschaftlichen Erholung stand. Die europäischen Eisenmärkte konnten sich dem amerikanischen Einflusse nicht ganz entziehen, namentlich soweit die Preisbewegung in Frage kam. Aber glücklicherweise dehnten sie ihre Roheisengewinnung in weit höherem Grade aus und hielten besser Schritt mit der Erholung auf den übrigen Gebieten des Wirtschaftslebens. Neuerdings ist nun in Amerika der zu erwartende Rückschlag eingetreten und macht sich auf dem Weltmarkt schon empfindlich fühlbar. Es leidet namentlich auch der Export der europäischen eisenerzeugenden Länder. Die Preise in den Vereinigten Staaten sind im Weichen, die Roheisengewinnung muß eine kräftige Verminderung erfahren. Es ist nicht anzunehmen, daß der Rückschlag in Amerika die Position des deutschen Eisengewerbes ernstlich bedroht. Die Roheisengewinnung Deutschlands hat einen starken Vorsprung gegenüber dem Vorjahre: sie stellte sich im März dieses Jahres auf 1 250 184 Tonnen gegen 1 073 116 Tonnen im Vorjahre. Im ganzen ersten Viertel dieses Jahres beträgt das Plus der Roheisengewinnung noch nicht 500 000 Tonnen, so daß bei der zweifellos besseren Marktlage eine Stockung wie in Amerika gänzlich ausgeschlossen ist. Läßt doch auch der Versand des Stahlwerkverbandes auf eine Befragung der Nachfrage in den weiterverarbeitenden Industriezweigen schließen. Der Versand von Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen stellte sich im März auf zusammen 598 883 Tonnen gegen 520 811 Tonnen im Vorjahr, der Versand von Stabeisen, Blechen, Walzdraht, Guß- und Schmiedestücken sowie von Röhren auf 480 238 gegen 439 902. Auch die Preise haben sich bis jetzt im großen und ganzen am deutschen Markt behauptet; ja sogar der Export von Roheisen schloß im März für Deutschland noch äußerst günstig ab. Es ist also die Gesamtlage in Deutschland nach wie vor dem Grade der Erholung entsprechend, so daß zwar wohl eine Beeinträchtigung des Exports und zum Teil auch des Preisniveaus durch den amerikanischen Rückschlag erfolgen kann, aber keineswegs eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahre, namentlich auch keine Notlage, die zu einer Einschränkung der Roheisengewinnung führen müßte. Selbst die Sorge, die vom Trägermarkt ausgeht, ist nicht beängstigend.

Es wird nämlich gesagt, daß durch die Aussperrung im Baugewerbe die Nachfrage nach Formeisen, hauptsächlich nach Trägern, schon nachgelassen habe. Das mag ja in einzelnen Fällen zutreffen, aber bei dem Umfang der Aussperrung kann der Grad dieser Abschwächung nicht sehr stark sein. Es werden überhaupt über die derzeitige Bautätigkeit Berichte verbreitet, die weniger auf einer objektiven Darstellung der Wirklichkeit beruhen, als vielmehr von der Absicht diktiert sind, die Geschäftslage recht ungünstig darzustellen. Es muß aber doch im Auge behalten werden, daß die Zahl der Pläne, an denen die Aussperrung die Bautätigkeit lahmgelegt hat, im Verhältnis zum gesamten Arbeitsmarkt im Baugewerbe nicht allzu schwer ins Gewicht fällt, daß weiter auch die Arbeitslosigkeit im vorigen Jahre um diese Zeit noch größer war, als es jetzt trotz der Aussperrung im bisherigen Umfang der Fall ist. Die ziffernmäßigen Anweise über den Arbeitsmarkt im Monat April liegen noch nicht vor, und was aus einzelnen Beobachtungen geschlossen wird, das ist für den Reichsdurchschnitt noch lange nicht maßgebend. Das Bestreben, die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe gerade augenblicklich möglichst düster zu schildern, sticht auffallend von den Stimmungsberichten ab, die man in gewissen Organen vor dem Beginn der Aussperrung lesen konnte. Damals wurde die Situation so einseitig günstig gezeichnet, daß es nötig war, einem übertriebenen Optimismus entgegenzutreten. Es ist ja gewiß berechtigt, wenn kämpfende Parteien versuchen, die Konjunktur möglichst so darzustellen, daß der Gegner davon Schaden hat. Gerade deswegen ist es aber von höchstem Wert, eine Berichterstattung zu pflegen, die unbeeinflusst von irgendwelchen Rücksichten die Marktlage so zeichnet, wie sie sich tatsächlich darstellt. Diese Berichterstattung liegt zuletzt auch immer im Interesse der kämpfenden Parteien selbst, besonders wenn sie gelernt haben, ehe sie sich zum Kampf entschließen, das Terrain, auf dem sie zu kämpfen haben, genau und sorgfältig zu sondieren.

Berlin, 14. Mai. 1910. Rich. Calwer.

## Die Krankheiten der Steinarbeiter in der Statistik.

Vor einiger Zeit wurde vom kaiserlichen Statistischen Amt ein großes vierbändiges Werk, betitelt: „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Leipziger Ortskrankenkasse herausgegeben, das von der Abteilung für Arbeiterstatistik bearbeitet ist und sehr wertvolles Material zur Beurteilung des Gesundheits- oder besser Krankheitsstandes der einzelnen Berufe enthält. Es ist dies das erste Werk, in dem die Krankheiten für alle Berufe systematisch dargestellt werden, so daß sich verhältnismäßig leicht Vergleiche zwischen den einzelnen Berufen einerseits und der Gesamtheit der Berufe andererseits durchführen lassen. Entstanden ist das Werk, nachdem der Reichstag im Jahr 1903 zur Ausführung der außerordentlich komplizierten Arbeit 325 000 M. bewilligt hatte, auf die Anregung des Ausschusses zur Vorbereitung der Pariser Weltausstellung, der auf der Ausstellung gern eine Darstellung der Krankheitsverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft nach Berufen gegeben hätte, aber brauchbares Material dazu nirgend finden konnte. Damals erklärte sich die Leipziger Ortskrankenkasse erfreulicherweise bereit, durch die Herausgabe ihrer Personal- und Krankenkarten zu einer solchen Darstellung die nötigen Unterlagen zu schaffen. Die riesige Arbeit wurde in der Weise durchgeführt, daß die Mitgliedschaftstage der einzelnen Mitglieder eines jeden Berufs vom Jahre 1887 bis 1904 zusammengezählt und zu Mitgliedsjahren umgerechnet wurden. Dazu kamen noch die Tage, wo die Mitglieder zwar aus der Kasse ausgeschieden waren, aber nach dem Gesetz doch noch Anrechte an die Kasse hatten, also unter dem Versicherungsrisko standen. Auf diese Weise erhielt man für die Statistik die Risikojahre, aus denen wieder für alle Berufe gleichmäßig die Zahl der Krankheitsfälle, Krankheitsstage und Todesfälle errechnet wurden. Für alle 187 Berufe beträgt die Zahl der Risikotage in der Zeit von 1887 bis 1904 insgesamt 488 870 003, was auf Risikojahre umgerechnet bedeutet, daß 1 284 576 Personen je ein Jahr unter Beobachtung standen. Davon waren 952 674 männliche und 259 882 weibliche Versicherungspflichtige und 43 771 männliche und 28 549 weibliche freiwillig Versicherte.

Die Steinarbeiter und die Arbeiter in Steinbrüchen werden in der Statistik gesondert behandelt. Von den Steinarbeitern standen 7824 versicherungspflichtige Personen je ein Jahr unter Beobachtung, d. h., diese Zahl ergibt sich, wenn alle Tage, an denen in der Zeit von 1887 bis 1904 Steinarbeiter unter dem Versicherungsrisko der Kasse standen, zusammengezählt und durch 365 geteilt werden. Auf diese 7824 Personen entfielen 4120 Krankheitsfälle, 101 210 Krankheitsstage und 99

Todesfälle. Von den in Steinbrüchen beschäftigten Arbeitern fanden nur 608 je ein Jahr unter Beobachtung. Auf sie entfielen 423 Krankheitsfälle, 9096 Krankheitsstage und 5 Todesfälle.

Vergleicht man die auf 1000 männliche versicherungspflichtige Personen entfallenden Zahlen der Krankheitsfälle, Krankheitsstage und Todesfälle aller Berufe mit den gleichen auf die Steinarbeiter entfallenden Zahlen, so ergibt sich, daß die Arbeiter der Gruppe Steinarbeiter gesundheitslich weit ungünstiger gestellt sind, als alle Arbeiter im Durchschnitt genommen. Es entfallen auf 1000 versicherungspflichtige männliche Personen:

Berufe	Krankheitsfälle	Krankheitsstage	Todesfälle
Alle Berufe . . . . .	396,0	8 549	7,65
Steinarbeiter . . . . .	526,6	12 936	12,65
Steinbrucharbeiter . . . . .	695,7	14 961	8,22

Prozentual berechnet entfallen auf die Steinarbeiter 24,8 und auf die Arbeiter in Steinbrüchen 40,2 Prozent Krankheitsfälle mehr als auf den Durchschnitt aller Berufe. Bei der Zahl der Krankheitsstage entfallen auf die Steinarbeiter sogar 33,8 und auf die Arbeiter in Steinbrüchen 42,8 Prozent mehr als auf den Durchschnitt aller Berufe. Die Zahl der Todesfälle geht bei den Steinarbeitern um 39,5 und bei den Arbeitern in Steinbrüchen um 6,9 Prozent über den Durchschnitt aller Berufe hinaus. Die durchschnittliche Dauer der Krankheitsfälle beträgt bei allen Berufen 21,6, bei den Steinarbeitern 24,6 und bei den Arbeitern in Steinbrüchen 21,5 Tage. Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie außerordentlich ungünstig der Gesundheitsstand der Steinarbeiter im Verhältnis zum Durchschnitt aller Berufe ist. Sie beweisen besser als die üblichen Bücher, wie dringend notwendig die Steinarbeiter besseren Schutz vor den Unbilden der Witterung und den übrigen Gefahren des Berufes brauchen.

Von den 7824 im Jahre beobachteten Steinarbeitern waren 86 weniger als 15 Jahre alt, 1568 waren zwischen 15 und 19, 1229 zwischen 20 und 24, 1540 zwischen 25 und 29, 1214 zwischen 30 und 34, 900 zwischen 35 und 39, 572 zwischen 40 und 44, 368 zwischen 45 und 49, 186 zwischen 50 und 54, 109 zwischen 55 und 59, 40 zwischen 60 und 64 und 12 zwischen 65 und 69 Jahren. Die Zahl der auf 1000 Personen entfallenden Krankheitsfälle, Krankheitsstage und Todesfälle sowie die Dauer der einzelnen Krankheitsfälle ist bei den verschiedenen Altersstufen natürlich sehr verschieden, und zwar kommt bei der Zahl der Krankheitsfälle und Krankheitsstage die Altersstufe zwischen 20 und 24 Jahren am günstigsten weg, während in der Zahl der Todesfälle und der durchschnittlichen Krankheitsdauer die Altersstufen unter 15 und von 15 bis 19 Jahren am günstigsten abschneiden. Vom 24. bis zum 69. Jahre tritt bei den Krankheitsfällen, Krankheitsstagen, Todesfällen und der Krankheitsdauer eine fast ununterbrochene Steigerung ein. Folgende Tabelle mag dies des näheren dartun. Es kamen auf 1000 versicherungspflichtige Steinarbeiter:

Im Alter von	Krankheitsfälle	Krankheitsstage	Todesfälle
unter 15 Jahren . . . . .	558,1	8 791	—
15—19 Jahren . . . . .	542,1	7 870	1,28
20—24 „ . . . . .	464,6	7 462	4,07
25—29 „ . . . . .	483,1	10 974	5,84
30—34 „ . . . . .	500,8	13 947	13,18
35—39 „ . . . . .	532,2	17 524	23,33
40—44 „ . . . . .	611,9	18 507	29,72
45—49 „ . . . . .	619,6	25 764	29,89
50—54 „ . . . . .	591,4	23 522	37,63
55—59 „ . . . . .	807,3	31 083	55,05
60—64 „ . . . . .	850,0	27 325	125,00
65—69 „ . . . . .	833,3	34 667	—

Von den 608 Arbeitern in Steinbrüchen war keiner unter 15 Jahren, 214 zwischen 15 und 19, 295 zwischen 20 und 24, 96 zwischen 25 und 29 und 3 über 74 Jahren. Das Verhältnis der Krankheitsfälle gestaltet sich hier für die verschiedenen Altersgruppen folgendermaßen: Es kamen auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen:

Im Alter von	Krankheitsfälle	Krankheitsstage	Todesfälle
unter 15 Jahren . . . . .	—	—	—
15—19 Jahren . . . . .	118,0	1969	2,0
20—24 „ . . . . .	239,0	4727	2,0
25—29 „ . . . . .	71,0	2375	1,0
über 74 „ . . . . .	1,0	25	—

In der Statistik werden die 335 Krankheitsformen und Todesursachen mit weit über 200 Ergänzungen in 16 Krankheits-

## Allgemeine Städtebau-Ausstellung zu Berlin.

Keine schreiende Reklame, kein musikalisches Beiwerk noch sonstige „anziehende“ Zugmittel, sondern lediglich eine Darstellung edlen Wollens und hervorragenden Könnens. Der Künstler und der Sozialpolitiker — beide werden befriedigt die Ausstellung verlassen, angespornt zu weiterem Schaffen, zur Verwirklichung ihrer Pläne, zur Verwertung der auf der Ausstellung empfangenen Eindrücke. Künstliche Ziele und soziale Aufgaben hatten ihrer gemeinsamen Lösung. Uns interessieren die letzteren an erster Stelle. Wer die von der Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute in Form von Photographien elendester Wohnstätten an den Pranger gestellten Bruchstücke der Krankheit gesehen, ja oftmals selbst durchlebt hat, der wird sagen — bis hierher und nicht weiter. Luft und Licht für alle. Solange jedoch die in den Mietskasernen eingepferchte Menschheit in wirtschaftlicher Abhängigkeit dahingeworfen, solange werden alle die schönen Probleme nur einigen Bevorzugten zuteil werden. Allgemeininteresse und Kapitalisteninteresse sind nun einmal unvereinbar. Damit erließ sich durchdringt, müssen höhere Gewalten eingreifen. Die Gesetzgebung, staatliche und kommunale Parlamente müssen ein Wort sprechen, das Wohl der Gesamtheit darf nicht länger einem Kapitalistenklingel ausgeliefert sein. — Erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Die ausgestellten Tabellen mehrerer statistischer Reiter reden eine deutliche Sprache. Je geringer das Einkommen — desto teurer die Miete. Während die großen Wohnungen im Laufe der Jahrzehnte im Preise gefallen sind, sind die kleinen gestiegen. Diesbezügliches Material liegt vor von den Städten Augsburg, Breslau, Essen, Fürth, Hamburg, Posen und Schöneberg. Die Entwicklung vom Bauernhof zur Großstadt, das Schicksal des Grund- und Bodenwuchers, hat Zustände geschaffen, welche selbst von Gegnern unsrer Sache als unhaltbar erkannt worden sind. Es bildeten sich private

Vereinigungen zur Steuerung der allergrößten Auswüchse des Kapitalismus. Reformvorschlüge in bezug auf das Wohnungswesen fanden mehr und mehr Anklang, allerdings nur insoweit, als sie der Wurzel des Übels, dem Kapitalismus nicht zu nahe kamen oder diesen gar noch begünstigten. Die Villenkolonien in den näheren und weiteren Umgebungen der Großstädte sind an sich betrachtet gewiß romantische, gesunde und vorbildliche Wohnstätten, die auch das Auge des Arbeiters erfreuen — jedoch nur das Auge. Der Besitz, die Ausnutzung ist mit Geldmitteln verknüpft, die sich durch eigene Arbeit im allgemeinen nicht erwirbigen lassen. Und wo kapitalistische Wohltätigkeit das Heim des Arbeiters erstehen ließ, wird der angeblich beabsichtigte Segen durch die Abhängigkeit zum Fluche desselben. Betrachten wir uns die Villenkolonien im Verhältnis zur Großstadt, so sind sie lediglich Privilegien für einzelne auf Kosten der Gesamtheit. Nicht allein, daß es der großen Masse der Bevölkerung nicht vergönnt ist, naturgemäß zu wohnen, wird ihr auch noch die Gelegenheit geraubt, sich vorübergehend in der freien Natur zu erholen. Die von der Natur am meisten begünstigten Plätze, Wald- und Seepartien, werden vom Kapitalismus konfisziert, dem freien Verkehr entzogen. So sehen wir neben den Villenkolonien Waldschutzvereine entstehen, die zu retten suchen, was noch zu retten ist. Wer kennt nicht das „schöne“ Lied: „Im Grunewald ist Holzauktion“ — es ist mit dem Galgenhumor eines schwindsüchtigen Mannes zu vergleichen, wenn wir zum Beispiel den Grunewald als „die Lunge von Berlin“ gelten lassen wollen. Das einzig Gute an den Villenkolonien ist, daß sie Arbeitsgelegenheit mit sich bringen, hin und wieder auch für unsre Berufskollegen. —

Wichtige Fingerzeige und Probleme bringt die Ausstellung für den Umbau und Ausbau ganzer Stadtviertel, die Anlage von Brunnen, bildnerischen und gärtnerischen Schmuckstücken und -plätzen. Bilder aus Chicago (Amerika) zeigen, wie dem Spielbedürfnis der Kinder dort Rechnung getragen wird. Die Gartenstädte Hellerau bei Dresden, Frohnau bei Berlin sind durch Teilmodelle recht natürlich dargestellt. Eine ganze An-

zahl gemeinnütziger Anstalten, Krankenhäuser, z. B. das für Rixdorf, das „Alt-Neute-Heim“ in Buch sind ein miniatur zu beschäftigen. Das „unterirdische“ Leben in Großstädten des In- und Auslandes veranschaulichen ebenfalls Modelle und Zeichnungen. Gleich Abern durchziehen die Bahnanlagen das Erdreich, aller Hindernisse spottend. Unter Flüssen und Strömen laufen die Schnellbahnen in riefigen Röhren dahin. Andre Modelle zeigen, wie der Fußgängerverkehr durch Unterführungen abgeleitet wird. Besonders reich ist das Verkehrs- und Transportwesen Berlins bedacht. Umfangreiche unterirdische Bahn- und Hafenanlagen sind projektiert und zum Teil in der Ausführung begriffen. Auch die Stadt Schöneberg baut zurzeit eine Untergrundbahn. — Zum Schluß sei der neueren Richtung in der Friedhofskunst gedacht, welche ebenfalls einen großen Raum in der Ausstellung einnimmt. Was hierzu im allgemeinen zu sagen war, geschah gelegentlich der im Juni—Juli 1908 im Kgl. Kunstgewerbemuseum veranstalteten Sonderausstellung „Grabbenkunst“. Der Fortschritt ist auch auf diesem Gebiet unverkennbar. Die Feuerbestattung gewinnt trotz der Feindschaft der Kirche mehr und mehr Anhänger. Der Rat zu Dresden hat ein Krematorium ausgestellt. Das Modell ist von Prof. Schuhmacher, Hamburg. Der Verein für Feuerbestattung zu Berlin ist mit einem Modell seiner Urnenhalle in der Plantagenstraße zu Berlin vertreten. Von der Stadt Mannheim ist der — man schaudere — elektrische Leichentransport nach ihrem neu angelegten, eine Meile von der Stadt befindlichen Zentralfriedhof in Aussicht genommen. Die zweifelhafte Kapelle ist bereits so gebaut, daß der elektrische Wagen in den zur Aufnahme der Leichen bestimmten unteren Stock hineinfahren kann. —

Speziell unsern Beruf Betreffendes ist nicht viel auf der Ausstellung vorhanden. Noch mehr enttäuscht werden die Steinarbeiter und verwandten Berufsgenossen sein, welche mit einer Musterbaubude selbst in den Ausstellern gehören und schones leisteten. — Eine reichhaltige Bibliothek zeigt dem Besucher, wieviel Kräfte auf dem Gebiet des Städtebaues tätig sind. Bauen auch wir — für die Zukunft. E. W.



gruppen eingeteilt. Betrachten wir nachstehend zunächst in einigen der wichtigsten Gruppen das Verhältnis bei den Steinmetzen gegen den Durchschnitt aller Berufe überhaupt, so finden wir, daß die Steinmetzen sehr ungünstig abstecken bei den Infektions- und parasitären Krankheiten (Scharlach, Masern, Diphtherie, Lungentzündung, Tuberkulose, Syphilis usw.), den Krankheiten der Atmungsorgane (Katarrhe und andre Nasen-, Rachen- und Lungenkrankheiten, ferner Erkrankungen des Rachens und Brustfells etc.), den Krankheiten der Verdauungsorgane (Mund-, Hals-, Magen-, Milz-, Darm- und Leberkrankheiten usw.), den Krankheiten der Bewegungsorgane (Muskeln-, Sehnen-, Gelenk- und Knochenentzündung, Muskel- und Gelenkrheumatismus usw.), den Krankheiten der Augen und den Verletzungen und anderweitigen äußeren Einwirkungen. Ganz oder teilweise günstig schneiden sie ab bei den Krankheiten des Nervensystems, der Kreislauforgane, der Harn- und Geschlechtsorgane und der äußeren Bedeckungen. Folgende Tabelle mag dies veranschaulichen. Auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen entfallen:

Krankheiten	Krankheitsfälle bei		Krankheitstage bei	
	allen Berufen	den Steinarbeitern	allen Berufen	den Steinarbeitern
Infektions- und parasitäre Krankheiten	50,0	68,0	1423	3309
Nervenkrankheiten	13,3	13,3	456	418
Krankheiten der Atmungsorgane	56,2	101,5	1488	3033
Krankheiten der Kreislauforgane	10,1	8,4	311	278
Krankheiten der Verdauungsorgane	60,2	68,4	917	996
Harn- und Geschlechtskrankheiten	4,9	6,0	128	196
Krankheiten der äußeren Bedeckungen	36,1	35,9	583	526
Krankheiten der Bewegungsorgane	49,1	64,7	995	1390
Augenkrankheiten	8,3	15,5	153	280
Verletzungen u. anderweitige äußere Einwirkungen	92,8	132,4	1695	2201

Berechnen wir das Verhältnis bei den für die Steinmetzen angünstigsten Krankheitsgruppen nach Prozenten, so ergibt sich, daß auf die Steinmetzen bei der Gruppe der Infektions- und parasitären Krankheiten 26,4 Prozent Krankheitsfälle, 56,9 Prozent Krankheitsstage und 64,6 Prozent Todesfälle mehr kommen, als auf den Durchschnitt aller Berufe. Bei den Krankheiten der Atmungsorgane sind es 44,8 Prozent Krankheitsfälle, 50,9 Prozent Krankheitsstage und 52,8 Prozent Todesfälle mehr; bei den Krankheiten der Verdauungsorgane 11,9 Prozent Krankheitsfälle und 7,9 Prozent Krankheitsstage; bei den Krankheiten der Bewegungsorgane 24,1 Prozent Krankheitsfälle und 28,4 Krankheitsstage; bei den Krankheiten der Augen 46,4 Prozent Krankheitsfälle und 45,3 Prozent Krankheitsstage und bei den Verletzungen und anderweitigen äußeren Einwirkungen 29,9 Prozent Krankheitsfälle und 23,4 Prozent Krankheitsstage — mehr als bei allen Berufen insgesamt.

Auch diese Zahlen sind geradezu furchtbar und rufen förmlich nach besserem Schutz für Leben und Gesundheit der Steinmetzen. Nicht besser steht es um die Arbeiter in Steinbrüchen, für die in der Statistik ihrer kleinen Zahl wegen allerdings nur drei Krankheitsgruppen nach Krankheitsfällen und Krankheitsstagen behandelt sind. Auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen entfallen:

Krankheiten	Krankheitsfälle bei		Krankheitstage bei	
	allen Berufen	den Arbeitern in Steinbrüchen	allen Berufen	den Arbeitern in Steinbrüchen
Nervenkrankheiten	13,3	24,7	456	765
Krankheiten der Atmungsorgane	56,2	97,0	1488	2811
Krankheiten der Verdauungsorgane	60,2	74,0	917	1127

Prozentual berechnet entfallen auf die Arbeiter in Steinbrüchen von den Krankheiten des Nervensystems 46,1 Prozent Krankheitsfälle und 40,4 Prozent Krankheitsstage mehr als auf den Durchschnitt aller Berufe. Bei den Krankheiten der Atmungsorgane sind es 42 Prozent Krankheitsfälle und 11,4 Prozent Krankheitsstage; bei den Krankheiten der Verdauungsorgane 18,8 Prozent Krankheitsfälle und 18,5 Prozent Krankheitsstage.

Die in Leipzig ermittelten Zahlen werden zwar nicht für das ganze Reich völlig gleich sein, können aber trotzdem als typisch gelten, um so mehr, als sie aus einem Zeitraum von 17 Jahren ermittelt wurden, also durch besondere und schnell vorübergehende Ursachen nicht beeinflusst sein können. Unter diesen Umständen ist es eine dringende Pflicht der Steinarbeiter, für die gewissenhafteste Durchführung der bestehenden Schutzvorschriften zu wirken. Die Aufgabe der Gesetzgebung aber ist es, durch den weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetze auch den zerstörenden Wirkungen der Berufsgefahren für Steinarbeiter vorzubeugen.

## Die Geschäftslage in der Sandsteinindustrie des 9. Gauces.

Seit etwa vier Jahren befindet sich die Sandsteinindustrie in den meisten Orten und Gebieten des Gauces in rapidem Rückgang. Die Zahl der Beschäftigten in der Sandsteinbranche hat enorm abgenommen. Auf die Ursachen dieser Erscheinung ist ja schon öfter hingewiesen worden. Ende des vorigen und Anfang dieses Jahres hatte es den Anschein, als wenn die Aussichten für das laufende Jahr bessere werden sollten. Von einer Anzahl größerer Orte werden mehr geplante Bauten als in den Vorjahren gemeldet. Unter anderm aus Straßburg, Mülhausen und Stuttgart. Im allgemeinen war zu erwarten, daß der Geschäftsgang zwar nicht ein riesenhafter, wohl aber ein recht lebhafter werden würde. Je mehr aber der Entscheidungstermin über Krieg und Frieden im Baugewerbe heranrückte und die Aussichten auf friedliche Beilegung schwanden, um so mehr verringerte sich die Hoffnung auf eine Belebung des Geschäftsgangs. Viele geplante Bauten wurden überhaupt nicht in Angriff genommen. Für unsre Kollegen war dies nach der langen unglücklichen Periode eine harte Enttäuschung.

Die Wirkung der Bauarbeiterausperrung auf die Sandsteinindustrie ist eine mehrfache. Zum Teil ist sie eine von den Unternehmern gewollte direkte, zum andern Teil eine ungewollte Folgeerscheinung. Direkt betroffen sind wir zunächst in den Orten, in denen wir unsre Verträge mit den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abgeschlossen haben. So in Stuttgart, Heilbronn, Göttingen, Mülhausen i. E. und Freiburg. Unsre Verträge an diesen Orten sind inhaltlich die gleichen wie die für das übrige Baugewerbe, mit Sonderbestimmungen für die Regelung unsrer abweichenden Arbeitszeit und Lohnsätze.

Eine ausdrückliche Aussperrung mit Hinweis auf den abgelaufenen und nicht erneuerten Tarifvertrag erfolgte nun eigentümlicherweise in keinem dieser Orte. Nur in Stuttgart, wo eine eigentliche Sandsteinindustrie nicht mehr existiert, wurde ein Kollege mit den übrigen Ausgesperrten entlassen. In den

andern Orten ließen die Unternehmer vorerst weiterarbeiten. In Heilbronn versuchte die Firma Vereinigte Sandsteinwerke an Stelle des bisherigen Vertrags einen Unterabfordervertrag mit den zurzeit Beschäftigten abzuschließen, unter Ausschluß jeder Beteiligung des Verbandes und der Gaultung. Die Affordpreise sollen der „freien“ Vereinbarung unterliegen, mit der Maßgabe, daß der Durchschnittspreis pro Kubikmeter 20 M. für den ganzen Bau (Stuttgarter Hoftheater) nicht überschritten werden darf. Zur Durchführung dieser Bestimmung soll tagtägweise ein bestimmter Prozentsatz des Lohns einbehalten werden. Als die Kollegen mit Recht eine solche Zumutung zurückwiesen, wurden sie entlassen.

In Göttingen sind unsre Berufskollegen abwechselnd als Maurer und Steinhauer beschäftigt. Bei der Aussperrung wurden unsre Kollegen nicht mit entlassen, sondern arbeiteten in der bisherigen Weise weiter. Von den Maurern wurde der Wunsch ausgesprochen, daß seitens der Steinhauer während der Aussperrung alle Maurerarbeiten zurückgewiesen werden sollten. Dem sollte im Rahmen der bisherigen Verhältnisse Rechnung getragen werden.

In Freiburg fand keine Aussperrung unsrer Kollegen statt. Auf die Anfrage der Unternehmer, ob wir zu Unterhandlungen bereit sind, wurde in zustimmendem Sinne geantwortet. Es fand eine solche am 11. d. M. statt, in der die Unternehmer beantragten, den bisherigen Stundenlohn durch Afford nach „freier“ Vereinbarung zu ersetzen. Die Verhandlungen wurden vertagt, dürften aber auf Grundlage des Unternehmervorschlages zu keiner Verständigung führen.

Auch in Mülhausen tragen sich die Unternehmer mit ähnlichen Vorschlägen, sind aber noch nicht an uns herangetreten. Eine Anzahl Kollegen wurde entlassen, sind aber zum Teil anderweitig untergebracht.

Die größte Zahl der Betroffenen ist in Straßburg zu verzeichnen, obwohl wir dort noch im Vertragsverhältnis bis zum nächsten Jahre stehen. Mit dem Augenblick des Inkrafttretens der allgemeinen Aussperrung wurden in mehreren größeren Geschäften umfangreiche Entlassungen vorgenommen, denen immer weitere nachfolgen. Es mag den Herren Scharfmachern in Straßburg eine besondere Freude bereiten, bei dieser Gelegenheit gleichzeitig auch unsere Kollegen und damit unsrer Organisation einen Schlag zu versetzen. Vielleicht geben sie sich auch der Illusion hin, dadurch Einfluß auf die Haltung der Kollegen zum nächstjährigen Vertragsablauf zu gewinnen. Sie werden sich, wie bei der augenblicklichen Aussperrung, schwer verrechnen.

Im elsässischen Sandsteinbruchgebiet war die Beschäftigung in den verfloßenen Wochen eine wesentlich bessere als in den vorhergehenden Jahren. Die Hebung des Geschäftsgangs ermöglichte auch die Entfaltung der Agitation in diesem Gebiet und waren die Erfolge unter Berücksichtigung der Verhältnisse leidlich.

Auch im Maulbronner Sandsteingebiet hat die Bauarbeiterausperrung eine Lähmung des aufblühenden Geschäftsgangs herbeigeführt. In Sulzfeld wurden bei zwei der auzerhaftesten Unternehmer die organisierten Kollegen entlassen unter Hinweis auf ihre Verbandszugehörigkeit und den Aussperrungsbeschluss der Unternehmer. Weitere Entlassungen ohne Begründung oder unter Hinweis auf das Stillliegen der Bauten erfolgten in verschiedenen Betrieben des ganzen Gebiets. Vermutlich wird die Zahl der Betroffenen sich noch weiter vermehren. In diesem Gebiet kommen zumeist Unternehmer in Betracht, die sehr wenig kapitalkräftig sind. Mit dem Stillliegen der Bauten und der Unterbrechung der Lieferungen erfolgen auch meist keine Zahlungen mehr. Die kleinen Unternehmer, denen eigenes Kapital fehlt und die mit Kredit-schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind im Fortlauf der Bewegung zur Einstellung ihrer Betriebe, vielleicht gegen ihren Willen, gezwungen. Verschwiegenlich sind bisher schon die Zahl-tage nicht eingehalten worden.

In Crailsheim (Württemberg) ist den Kollegen eine Entlassung angekündigt worden, da die Bauleitung keine Rechnungen mehr liefert. Auch in Reutenstein und andern Orten sind Entlassungen infolge der Aussperrung bevor.

## Riesenbetriebe.

Die amtliche Statistische Korrespondenz des preussischen Statistischen Landesamts veröffentlicht die Ergebnisse einer Untersuchung über die Entwicklung zu Riesenbetrieben in der Industrie. Es heißt in der Arbeit:

„Die gewerbestatistische Unterscheidung der gewerblichen Handels- und Verkehrsunternehmungen in Preußen nach der Zahl der darin beschäftigten Personen gibt die Möglichkeit, die Entwicklung von Gewerbe, Handel und Verkehr nach der Richtung auf Riesenunternehmungen in lehrreicher Weise darzustellen. Als „Riesenbetriebe“ betrachten wir die Unternehmungen mit je über 1000 beschäftigten Personen. Dieses Merkmal ist gewählt, obwohl die Betriebsgröße, insbesondere soweit die Warenherzeugung in Betracht kommt, nicht lediglich durch die Personenzahl gekennzeichnet wird; die Ergänzung der menschlichen Arbeitskraft durch motorische Kräfte, Maschinen und Arbeitsvorrichtungen aller Art hat bei dem heutigen Stande der Technik eine so große Bedeutung, daß sie das wirtschaftliche Gewicht der Personenzahl nicht selten an zweite Stelle drängen. Aber nach irgendeinem Merkmale muß man greifen, wenn die größten wirtschaftlichen Unternehmungen aus der Menge aller übrigen herausgehoben werden sollen.“

Es wird dann darauf hingewiesen, daß schon früher ermittelte Ergebnisse die „Richtung auf Konzentration“ erwiesen hätten, und dann heißt es weiter:

Zu gleichem Ergebnis führt die Betrachtung der „Riesenbetriebe“, deren Vermehrung seit 1895 und Ausstattung mit menschlichen und motorischen Arbeitskräften folgende Zahlen kennzeichnen. An Unternehmungen (ohne die Eisenbahnen, Post und Telegraphie) mit je mehr als 1000 beschäftigten Personen fanden sich in Preußen 1895 208 mit 408 778 Personen und 552 741 verwendeten Pferdestärken, 1907 aber 385 mit 987 467 Personen und 1832 172 Pferdestärken; die Zunahme seit 1895 betrug also 85,1 Proz. Betriebe, 141,57 Proz. der Personen und 231,47 Proz. der Pferdestärken. Da sich im gesamten Gewerbe Preußens in der gleichen Zeitspanne die Betriebe nur um 10,6 Prozent, die Personen nur um 43,29 Proz. und die Pferdestärken nur um rund 130 Proz. (ohne Berücksichtigung der elektrischen Kilowatt) vermehrt haben, so ist die Entwicklung der Riesenbetriebe ungleich viel stärker gewesen und somit ein berechtetes Zeichen der Konzentrationsrichtung. Dies ist auch den folgenden Zahlen über die Riesenbetriebe zu entnehmen. Auf solche entfielen von 1000 Personen aller Gesamtbetriebe 1895 69,6, 1907 118,5 und von 1000 Pferdestärken 254,5 bzw. 352,7; im Durchschnitt arbeitete ein Riesenbetrieb 1895 mit 1965, 1907 mit 2565 Personen und mit 2657 bzw. 4759 Pferdestärken.

In den Gewerbegruppen zeigen sich erhebliche Unterschiede, wie es nach der Natur der darin zusammengefaßten Unternehmungen nicht anders sein kann. Die größte Bedeutung haben die Riesenunternehmungen in der Gruppe Bergbau, Hütten, Salinen, Torfsäberei; von 1000 Arbeitern entfallen hier 1907 717,8 und von 1000 Pferdestärken 778,9 auf sie, eine starke Vermehrung gegen 1895 mit 556,2 bzw. 544,8; durchschnittlich arbeitete jeder dieser Riesenbetriebe 1907 mit 2855 Personen und 7896 Pferdestärken, 1895 mit 2093 bzw. 3673. Hinsichtlich der Durchschnittszahl der beschäftigten Personen sind 1907 nach bedeutender die Riesenbetriebe in den Gruppen Verkehrsgewerbe, Metallverarbeitung und Lederindustrie, für welche sich 3367 bzw. 3171 und 3089 Personen berechnen.

Seit 1895 ist die durchschnittliche Personenzahl der Riesenbetriebe am meisten in der Lederindustrie gestiegen. Von 1058 auf 3089, ferner in den Gruppen Metallverarbeitung von 1670

auf 3171, Holzgraphische Gewerbe von 1341 auf 2384 und Handwerksbetriebe von 1005 auf 1881. Ein Rückgang ist nur zu verzeichnen für Chemische Industrie von 1948 auf 1891 und ein Stillstand für Textilindustrie mit 1673.

Noch bedeutender sind die Veränderungen in der Durchschnittszahl der Pferdestärken der einzelnen Gruppen. Die Pferdestärken sind aber heute lange nicht mehr so wie 1895 die üblichen motorischen Arbeitskräfte; sie sind in erheblichem Umfang durch elektrische Kräfte ersetzt. Deshalb müßte, wenn man die motorischen Kräfte der Riesenbetriebe vollständig nachweisen wollte, die Leistung der nicht in ihnen selbst liegenden elektrischen Kraftquellen usw. noch hinzugefügt werden.“

Alles in allem bestätigen auch diese statistischen Mitteilungen den gewaltigen Konzentrationsprozeß in der Industrie und im Verkehrswesen. Mit diesem Prozeß aber werden die privaten Kapitalisten immer mehr überflüssig gemacht, die Leitung solcher konzentrierter Riesenbetriebe wird immer mehr durch Verwaltungskörperschaften aus angeestellten Personen besorgt, der Kapitalist ist nur noch Profitbezieher, Parasit am Wirtschaftskörper. So bilden sich aber auch bereits im Schoße der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Keimzellen einer höheren, einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die technisch auf höchster Stufe steht, deren Ertrag aber nicht einzelnen Kapitalisten, sondern der Gesamtheit der Arbeitenden zufällt.

## Der internationale Pulver- und Dynamitring.

1909 war ein gutes Pulverjahr: der Abschluß der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken weist einen Reingewinn von 3 365 900 M. gegen 2 459 300 M. im Jahre 1908 aus, obwohl die Abschreibungen von 585 200 M. auf 811 600 M. erhöht wurden. Die Dividende kommt mit 16 Prozent gegen 12 für 1908 zur Verteilung; besonders kräftig partizipiert der Aufsichtsrat an dem gesteigerten Gewinn, er erhält diesmal 210 400 M. gegen 111 200 M. für 1908, steht also seinen Fleiß durch eine Fünftelverdoppelung belohnt. Dem Aufsichtsrat der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die 1890 aus der Verschmelzung der Pulverfabrik Rottweil-Hamburg und den Vereinigten Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken in Köln hervorgingen, gehören an: Geheimer Kommerzienrat J. A. Seidemann-Köln, Kommerzienrat Hagen-Köln, Geheimer Kommerzienrat J. Loewe-Berlin, Geheimer Kommerzienrat Mikels-Köln, Kommerzienrat und Stadtrat Schmalbein-Köln, Oberregierungsrat a. D. Schröder-Köln, Generalkonsul Menshausen-Düsseldorf, Direktor Kraftmeier-London, Oberjägermeister Erzellenz Freiherr v. Plato-Charlottenburg, Generalkonsul Freiherr v. Oppenheim-Köln, Generaldirektor Dr. M. Aufschläger-Hamburg, Geheimer Kommerzienrat Emil Kirdorf-Stuttgart, Geheimer Kommerzienrat v. Pfalms-Stuttgart, Admiral a la suite Erzellenz Thomlen-Riel, Vizeadmiral z. D. Erzellenz Saß, Geheimer Justizrat Effer-Köln, Wirklicher Geheimer Rat Becker, Erzellenz, Berlin, Hauptmann z. D. Breger (Aktiengesellschaft Friedrich Krupp). Die Zusammenstellung dieser Namen ist besonders lehrreich, weil sich daraus ergibt, daß auch die anerkannte „staatsverhaltende“ Gesinnung sich mit der unbeschränkten Internationalität verträgt.

Für das Pulver- und Dynamitkapital bestehen keine nationalen Grenzen mehr, die Pulver- und Dynamitunternehmungen sind teils international kartelliert, zum Teil sogar fusioniert. So stehen die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken in einem Kartellverhältnis mit den Pulverfirmen Cramer u. Büchholz, Pulverfabriken in Königsfeld und Rübelsand, sowie mit Wolff u. Co. in Walzrode. Diese Konzerne, als „Pulvergruppe“ zusammengefaßt, stehen wieder im Kartell mit der sogenannten „Sprengstoffgruppe“, wie die zur „Nobel Dynamite Trust Co.“ gehörenden Dynamitgesellschaften kurz genannt werden. Der Kartellvertrag zwischen der Pulvergruppe und der Sprengstoffgruppe besteht seit dem Jahre 1899 und läuft bis Ende 1925. Schon im Jahre 1896 übernahm die Nobel Dynamite Trust Co. die Dynamit-Aktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg, die Rheinische Dynamitfabrik in Opladen, die Deutsche Sprengstofffabrik, Aktiengesellschaft, in Hamburg und die Dresdener Dynamitfabrik. Zu ihr gehören auch die führenden Dynamitfabriken Englands, Kanadas und Südafrikas, mit den Dynamitunternehmungen anderer Länder bestehen Kartellverträge verschiedenster Art.

Die außerordentlich eng die Beziehungen der Pulverfabriken untereinander und zu dem Dynamittrust sind, läßt sich auch an dem regen Austausch der Aufsichtsratsmitglieder erkennen, der zwischen den einzelnen Gesellschaften besteht. Der Vorsitzende des deutschen Kartells ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, der Rheinischen Dynamitfabrik in Köln, der Pulverfabrik Tinsdal, Aktiengesellschaft, in Hamburg, der Russischen Gesellschaft für Pulverfabrikation in St. Petersburg, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, ferner Mitglied des Aufsichtsrats der Dynamit-Aktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Aktiengesellschaft, der Board Nobel Dynamite Trust Co. in London und der British South African Explosives Co. in London. Der Generaldirektor der Dynamit-Aktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg ist gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrats der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, der Sprengstoff-Aktiengesellschaft Carbonit in Hamburg, der Sprengstoffgesellschaft Kosmos in Hamburg, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Aktiengesellschaft, der Board Nobel Dynamite Co. in London. Die Tatsachen lehren, daß das Kapital — nicht nur in der Pulver- und Dynamitindustrie — die Idee der Internationalität in dem denkbar weitesten Umfang längst verwirklicht hat.

## In der Fremde.

Noch nie hat sich ein Mensch um mich bekümmert,  
Wenn ich vor Schmerzen oftmals laut gewimmert,  
Wenn meine Füße wund nach langem Wandern,  
Des abends spät den Weg zur Herberg fanden.  
Wo mich des Herbergwärters „Gute Nacht!“ begleitet,  
Und trotzdem mir ein feuchtes Bett bereitet,  
Wenn ich aufs Lager mich gestreckt, so müd und matt,  
Dann hat' ich Leben und die Menschen satt.  
Und doch schleicht sich ins Herz ein heißes Sehnen,  
Ich seh' im Geist der Mutter Abschiedstränen,  
Die Gute! ach, sie ruht längst unterm Rafen,  
Indessen ich zog einsam wandernd meine Straßen.  
— Die Fremde, sie ist öd' und kalt,  
Und wird dem Heimatlofen nie zum Aufenthalt  
Jenny Dorn.

## Literarisches.

Photographisches Unterhaltungsbuch. Anleitungen zu interessanten und leicht auszuführenden photographischen Arbeiten von A. Parzer-Mühlbacher. Dritte umgearbeitete und erweiterte Auflage. Mit 185 Abbildungen im Text und auf 20 Tafeln. Gebunden 3,60 M., in Leinenband 4,50 M. Verlag von Gustav Schmidt in Berlin W. 10. — Für die Amateurphotographen ist das famos ausgestattete Buch unentbehrlich. Uns interessiert das Kapitel 8 über die Aufnahmen von Monumenten und sonstigen Erzeugnissen der Bildhauerei. Das Hauptportal der Markuskirche in Venedig ist geradezu wunderbar aufgenommen.

## Kollegen! Agitiert für eure Organisation!